



Ausgabe Februar 2026

GEB NEWS

Der Newsletter der gemeinsamen Elternbeiräte für Kinderkrippe, Kindergärten, Horte und Tagesheime der Landeshauptstadt München



OB-Wahl 2026: Fünf Kandidaten, zehn Fragen zur Kita-Politik

Tobias Ruff
ÖDP

Dieter Reiter
SPD

Prof. Dr. Michael Piazzolo
FREIE WÄHLER

Dominik Krause
Bündnis 90/Die Grünen

Clemens Baumgärtner
CSU





Familien eine Stimme geben – Eure Wahl am 8. März zählt

*Liebe Eltern, liebe Erziehungsberechtigte
und Elternvertreter*innen der Städtischen
Einrichtungen in München,*

am 8. März 2026 wird in München gewählt. Während öffentlich vor allem über Wohnungsmangel, Verkehr und Sicherheit diskutiert wird, fragt man sich als Familie: Und wo bleiben wir? Wo sind die konkreten Antworten zu Kitaplätzen, verlässlichen Betreuungszeiten, sicheren Verkehrswegen für unsere Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Als Gemeinsame Elternbeiräte haben wir fünf OB-Kandidaten zum Gespräch gebeten: Den Amtierenden OB Dieter Reiter (SPD), Dominik Krause (Grüne), Clemens Baumgärtner (CSU), Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER) und Tobias Ruff (ÖDP). Wir wollten wissen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten, Schule und Hort – gerade angesichts der städtischen Finanzkrise? Wie werden Familien entlastet, ohne dass die Betreuungsqualität leidet? Was wird konkret getan, damit Kinder sicher zur Kita und Schule kommen? Und besonders spannend – was davon passiert wirklich in den ersten 100 Tagen?

Die Antworten sind vielfältig und manchmal überraschend konkret: Von Wohnraum für ErzieherInnen über kostenlosen ÖPNV für Kinder bis zu flexibleren Betreuungsmodellen. Manche setzen auf mehr Personal, andere auf bessere Organisation. Einige wollen bei Prestigeprojekten sparen, andere betonen neue Finanzierungsmodelle.

Um euch eine fundierte Wahlentscheidung zu ermöglichen, haben wir die Gespräche mit den Kandidaten für euch aufbereitet.

Wir hoffen, dass euch die Interviews mit den OB-Kandidaten und unsere Aufbereitung eine gute Orientierung bieten.

Konnten wir für euch die wichtigsten Fragen klären – oder gibt es Themen, die euch gefehlt haben? Eure Rückmeldungen sind uns sehr wichtig: Schreibt uns gerne, wie euch dieses Format gefallen hat und welche Anliegen euch besonders am Herzen liegen.

Wenn ihr noch offene Fragen habt, sammelt wir diese und tragen sie an den künftigen Oberbürgermeister heran. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch mit euch!

**Jetzt
Feedback
geben:**

info@gkb.musin.de



Was euch in diesem Newsletter erwartet:

- Die vollständigen Interviews mit allen fünf OB-Kandidaten – zum Nachlesen auch auf unserer Website unter <https://geb-kita.musin.de/>
 - Kurzzusammenfassungen der wichtigsten Positionen jedes Kandidaten zu frühkindlicher Bildung und Betreuung
 - Eine Analyse, die aufzeigt, wo sich die Kandidaten einig sind und wo die größten Unterschiede in ihren Ansätzen liegen
 - Unser Fazit als Elternbeiräte – nicht als Wahlempfehlung, sondern als Einordnung der familienpolitischen Schwerpunkte
- Wir als Elternbeiräte bewerten diese Positionen nicht. Wir machen sie transparent – damit Ihr am 8. März selbst entscheiden könnt, wem Ihr Eure Stimme gebt.

Eines aber ist uns wichtig zu betonen: Familien sind kein Randthema. Sie sind die Zukunft dieser Stadt. Wer bei Kindern spart, spart an der Zukunft. Und wer Eltern nicht entlastet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, verliert Fachkräfte, die diese Stadt dringend braucht.

Daher unser Appell: Geht zur Wahl. Nutzt Eure Stimme. Macht deutlich, dass Familienthemen in München den Stellenwert bekommen müssen, den sie verdienen.

Wer ist der GEB?

Der Gemeinsame Elternbeirat setzt sich zusammen aus Vertretern städtischer Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen.

Foto Credits Titelbilder

Foto von
Dieter Reiter:
Stefan Hobmaier

Foto von
Dominik Krause:
Andreas Gregor

Foto von
Clemens Baumgärtner:
CSU München

Foto von
Prof. Dr. Piazzolo:
Tobias Hase

Eure Gemeinsamen Elternbeiräte

Für mehr Sichtbarkeit.

Für echte Prioritäten.

Für Münchner Familien.

Impressum:



GEBKRI
info@gebkri.musin.de



GKB
info@gkb.musin.de



GEBHT
info@gebht.musin.de

Website:
www.geb-kita.musin.de

Instagram:
[@gebkri_muenchen](https://www.instagram.com/gebkri_muenchen)
[@gkb_muenchen](https://www.instagram.com/gkb_muenchen)
[@gebht_muenchen](https://www.instagram.com/gebht_muenchen)

Elternbüro:
Ledererstr. 17
in der Altstadt

Redaktion:

Julia Scholz-Köberlein (GKB)
Stella Glon (GEBKRI)
Anne-Katrin Widmann (GEBHT)
Julian Klinz (GKB)
Bettina Stückl (GKB)
Carla Korus (GKB)
Marina Sommer (GKB)
Bernhard Scholz-Köberlein
(Externe Unterstützung:
Lektorat und Kamerassistentz)



Inhaltsverzeichnis



<u>S. 5</u>	<u>Die Interviews kompakt zusammengefasst</u>
<u>S. 8</u>	<u>Analyse: Gemeinsamkeiten und Unterschiede</u>
<u>S. 12</u>	<u>Fazit: Was die Gespräche zeigen</u>
<u>S. 13</u>	<u>Die Interviews in voller Länge</u> <i>In der Reihenfolge, in der wir sie führten</i>
<u>S. 14</u>	<u>Tobias Ruff</u>
<u>S. 21</u>	<u>Clemens Baumgärtner</u>
<u>S. 27</u>	<u>Prof. Dr. Piazolo</u>
<u>S. 31</u>	<u>Dominik Krause</u>
<u>S. 37</u>	<u>Dieter Reiter</u>



Kompakt zusammengefasst

Wofür die interviewten fünf OB-Kandidaten stehen, was sie planen und was Münchner Eltern davon erwarten können – die wichtigsten Positionen zur frühkindlichen Bildung auf einen Blick.



In der Reihenfolge, in der wir die Interviews führten:

Zusammenfassung des Interviews mit **Tobias Ruff (ÖDP)**



„Immer in Menschen investieren und weniger in Beton“ – Tobias Ruff fordert eine grundlegende Neupriorisierung des städtischen Haushalts. Die Finanzkrise relativiert er: München

habe kein Einnahmen-, sondern

ein Verteilungsproblem. Sparen will er bei Prestigeprojekten und Autotunneln, nicht bei Kindern. Bei der Betreuung betont er die Wahlfreiheit: Die Stadt müsse sowohl Außerhausbetreuung als auch Freiräume für Familien bieten, die ihre Kinder selbst betreuen.

Beim Personal setzt er auf zwei Hebel: Wohnraum für Erzieherinnen und Entlastung von erziehungsfremden Aufgaben wie Bürokratie und Reinigung. Ein besonders konkreter Vorschlag betrifft die Hortflexibilisierung: Wer weniger Stunden bucht, reduziert die Gruppengröße und schafft

damit Entlastungstage für das Personal. Beim Familiengeld sieht er einen klaren Transparenzverlust und schlägt als kommunalen Ausgleich vor, das Verpflegungsgeld zu senken.

Beim ÖPNV drängt er auf sofortige kostenlose Kindermitnahme beim Deutschlandticket – ein Schritt, den die MVV eigenständig umsetzen könne. Zur Verkehrssicherheit fordert er Abbiegeassistenten für alle Fahrzeuge städtischer Auftragnehmer. Bei der Ernährung argumentiert er, dass pflanzliche Kost nicht teurer sein müsse – der entscheidende Kostenfaktor sei die Organisation, nicht der Rohstoffeinsatz. Für die ersten 100 Tage plant er eine Bestandsaufnahme aller Einrichtungen, erstellt von Personal und Elternvertretungen vor Ort.



Zusammenfassung des Interviews mit Clemens Baumgärtner (CSU)



„Angebote schaffen, keine Verpflichtungen auferlegen“ – so fasst Clemens Baumgärtner seinen Ansatz zur frühkindlichen Bildung zusammen.

Der ehemalige Wirtschaftsreferent betont die Wahlfreiheit der Eltern und sieht drei Aufgaben: Betriebe bei der Einrichtung von Kitas unterstützen, ein verlässliches städtisches Grundangebot sichern und besondere Zusatzangebote gesondert finanzieren.

Bei den Gebühren setzt er auf die bestehende Staffelung: Wer gut verdiene, könne mehr beitragen – wer wenig habe, zahle weniger. Beim Fachkräftemangel sieht er den Schlüssel in der Verknüpfung von Wohnraum und Arbeitsplatz: Städtische Wohnungen sollen bevorzugt an Kita-Personal vergeben werden. Ergänzend spricht er sich für effizientere Ausbildungswege und die Öffnung für

Seiteneinsteiger aus. Die Teilzeitproblematik will er über Zuschläge für Randzeiten lösen.

Kostenlosen ÖPNV für Kinder kann er sich vorstellen, knüpft es aber an eine Kostenprüfung und will nach Leistungsfähigkeit differenzieren. Beim Familiengeld kritisiert er die kurzfristige Ankündigung durch den Freistaat. Zur Verkehrssicherheit fordert er einrichtungsbezogene Lösungen und will den Kontrolldruck gezielt vor Schulen und Kitas einsetzen. Beim Thema Ernährung betont er frisches Kochen und den Bezug zu Lebensmitteln als Bildungselement. In den ersten 100 Tagen will er Wohnraum für Fachkräfte priorisieren, Ermessensspielräume konsequent nutzen und sich ein klares Lagebild aus der Praxis verschaffen.

Zum
kompletten
Interview



Seite: 21

Zusammenfassung des Interviews mit Prof. Dr. Piazzolo (FREIE WÄHLER)



Als ehemaliger bayerischer Kultusminister betrachtet Michael Piazzolo frühkindliche Bildung konsequent aus der Landesperspektive.

Sein Schwerpunkt liegt auf der Sprachförderung als Schlüssel zur Integration – gerade für zuziehende Familien mit Kleinkindern. Er plädiert dafür, Kita, Kindergarten und Schule stärker zu verzahnen, statt in Ressortzuständigkeiten zu verharren.

Zur Haushaltslage mahnt er Kontinuität an: Die langen Genehmigungszeiträume im Bildungsbereich vertragen kein kurzfristiges Hin und Her. Beim Familiengeld hätte er sich eine Übergangsphase und frühere Kommunikation gewünscht. Bei den Gebühren tendiert er zur sozialen Staffelung: Wer sich hohe Gebühren nicht leisten könne, müsse

gezielt unterstützt werden.

Beim Fachkräftemangel setzt er auf Quereinsteiger, kürzere Ausbildungszeiten mit mehr Praxisanteil und früherer Bezahlung sowie Assistenzkräfte zur Entlastung. Teilzeit einzuschränken hält er für kontraproduktiv. Beim ÖPNV geht er am weitesten: Langfristig strebt er kostenlosen Nahverkehr für alle an. Bei der Verkehrssicherheit betont er Verkehrserziehung und Schulweghelfer und hält Elterntaxis für kontraproduktiv. Bei der Ernährung setzt er auf Bewusstsein statt Vorgaben und betont das gemeinsame Essen als sozialen Prozess. Für die ersten 100 Tage will er sich einen Überblick über Finanzen und Aufgaben verschaffen und die Menschen in München stärker zusammenführen.

Zum
kompletten
Interview



Seite: 27



Zusammenfassung des Interviews mit Dominik Krause (Die Grünen)



Bildungsgerechtigkeit steht im Zentrum von Dominik Krauses Programm: Beste Startchancen für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel oder Bildungsgrad der Eltern. Als Zweiter

Bürgermeister und Teil der regierenden Rathauskoalition verweist er auf die Bilanz der laufenden Legislaturperiode – fast 700 Millionen Euro für den Kita-Ausbau, 16.000 neue Plätze, 500 neue Ausbildungsplätze – und will diesen Weg konsequent fortsetzen.

Bei der Finanzierung betont er, dass Betreuungs- und Hauswirtschaftspersonal vom städtischen Einstellungsstopp ausgenommen wurde. Er setzt auf gedeckelte Gebühren zur Entlastung einkommensschwacher Familien. Beim Familiengeld begrüßt er die Umschichtung in Einrichtungen, fordert aber Transparenz über die Mittelverwendung.

Beim Personal setzt er auf Quereinstiegsmöglichkeiten und Springerkräfte, verteidigt ausdrücklich Teilzeit – die Lifestyle-Debatte nennt er „unselig“ – und will bessere Dienstplanung.

Kostenfreien ÖPNV für Kinder befürwortet er grundsätzlich, sieht aber ohne neue Finanzierungsinstrumente wie City-Maut oder Arbeitgeberpauschale keinen seriösen Weg. Bei der Ernährung verweist er auf den Ausbau der Frisch-Mischküche und das „Haus der Kost“, das Personal für gesunde Verpflegung schult. Zur Verkehrssicherheit setzt er auf Lösungen vor Ort und verweist auf den Umbau der Karl-Theodor-Straße als Beispiel. Für die ersten 100 Tage plant er keinen Alleingang: Die Fachleute in den Einrichtungen sollen ermutigt werden, neue Wege zu gehen.

Zum
kompletten
Interview



Seite: 31

Zusammenfassung des Interviews mit Dieter Reiter (SPD)



Als amtierender Oberbürgermeister antwortet Dieter Reiter mit einer umfangreichen Bilanz: gebührenfreie Kindergartenplätze, reduzierte Krippen- und Hortgebühren, die Kooperative

Ganztagsbildung an 36 Grundschulen für über 10.000 Kinder sowie eine Schul- und Kita-Bauoffensive mit einem Finanzvolumen von rund 9 Milliarden Euro. Seit Ende 2013 wurden über 11.000 Krippen-, 14.000 Kindergarten- und 11.000 Grundschul-Betreuungsplätze geschaffen.

Die Kostenfreiheit der städtischen Einrichtungen will er beibehalten. Kinderbetreuung sei eine vorrangige kommunale Pflichtaufgabe, an deren Stellenwert sich auch in der Haushaltskrise nichts ändere – der Lehr- und Erziehungsdienst ist von allen Sparmaßnahmen ausgenommen. Beim

Familiengeld begrüßt er die verbesserte gesetzliche Förderung, bedauert aber den Wegfall der Leistung an Familien.

Beim Personal verweist er auf die eingeführte Arbeitsmarktzulage, die nahezu Verdoppelung der Azubi-Zahlen und die Errichtung einer zweiten Fachakademie für Sozialpädagogik. Er ist dankbar für jede besetzte Stelle, ob in Voll- oder Teilzeit. Zum ÖPNV verweist er auf das bestehende 365-Euro-Ticket als bereits preisgünstige Lösung. Zur Verkehrssicherheit setzt er auf persönliche Vor-Ort-Termine bei gemeldeten Gefahrstellen. Sein Fokus für die kommende Amtszeit liegt auf der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, der 2026 greift.

Zum
kompletten
Interview



Seite: 37



Analyse: Unterschiede & Gemeinsamkeiten

Der GEB hat alle fünf OB-Kandidaten zu ihren Positionen zur frühkindlichen Bildung und Betreuung befragt. Die folgende Analyse fasst zusammen, wo sich die Kandidaten einig sind und wo die größten Unterschiede liegen.



**Gemeinsam-
keiten**



Seite: 9

Unterschiede



Seite: 10

Hinweis: Diese Analyse wurde redaktionell auf Basis der Interviews erstellt und gibt keine Bewertung oder Empfehlung des GEB ab.



Gemeinsamkeiten



Kinderbetreuung ist nicht verhandelbar

Alle fünf Kandidaten sind sich einig, dass Kinderbetreuung nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen darf. Reiter und Ruff bezeichnen sie ausdrücklich als kommunale Pflichtaufgabe, Krause spricht vom „mit höchsten Stellenwert“, Baumgärtner setzt Bildungsausgaben „ganz vorne“ auf die Prioritätenliste, und Piazzolo mahnt, gerade im Bildungsbereich nicht kurzfristig umzusteuern. Die bestehende Ausnahme des Erziehungs- und Hauswirtschaftspersonals vom städtischen Einstellungsstopp wird von keinem infrage gestellt.

Verkehrssicherheit braucht lokale Lösungen

Alle Kandidaten betonen, dass Verkehrssicherheit vor Schulen und Kitas nicht pauschal, sondern einrichtungsbezogen gelöst werden muss. Jede Schule, jede Kita hat eine andere Situation – das sehen alle fünf gleichermaßen.

Teilzeit ist notwendig und richtig

Keiner der Kandidaten will Teilzeit im Erziehungsbereich einschränken. Alle erkennen an, dass Teilzeitmodelle für viele Erzieherinnen und Erzieher essenziell sind, um selbst Familie und Beruf zu vereinbaren. Krause nennt die Lifestyle-Debatte „unselig“, Piazzolo hält Einschränkungen für „kontraproduktiv“, Reiter ist „dankbar für jede besetzte Stelle“. Die Lösung sehen alle in besserer Organisation, nicht in weniger Flexibilität.

Fachkräftemangel als zentrale Herausforderung

Alle Kandidaten identifizieren den Fachkräftemangel als das drängendste Problem. Die Ansätze überschneiden sich in vielen Punkten: Quereinstieg erleichtern, Ausbildung attraktiver machen, München als Arbeitgeberin stärken. Die Unterschiede liegen in den priorisierten Hebeln (siehe unten).

Hinweis: Diese Analyse wurde redaktionell auf Basis der Interviews erstellt und gibt keine Bewertung oder Empfehlung des GEB ab.



Unterschiede



Gebührenmodell: Kostenfreiheit vs. einkommensabhängige Staffelung

Hier zeigt sich die deutlichste Trennlinie. Reiter (SPD) verteidigt die vollständige Gebührenfreiheit der städtischen Einrichtungen als Errungenschaft. Baumgärtner (CSU) und Piazzolo (FREIE WÄHLER) wollen hingegen nach Einkommen differenzieren und argumentieren, dass wohlhabende Familien einen Beitrag leisten können. Krause (Grüne) setzt auf gedeckelte Gebühren. Ruff (ÖDP) betont das Missverhältnis zwischen Gesamtkosten eines Betreuungsplatzes und Elternbeitrag: Eine Erhöhung entlaste die Stadt kaum, treffe aber Familien spürbar.

ÖPNV für Kinder: Von sofort umsetzbar bis zurückhaltend

Hier zeigt sich das größte Spektrum. Ruff (ÖDP) hält eine sofortige Umsetzung über die MVV für möglich und hat hierzu bereits Anträge im Stadtrat gestellt. Piazzolo (FREIE WÄHLER) geht langfristig am weitesten: Er strebt kostenlosen ÖPNV für alle an. Krause (Grüne) befürwortet das Ziel, benennt aber konkrete Voraussetzungen wie City-Maut oder Arbeitgeberpauschale zur Gegenfinanzierung. Baumgärtner (CSU) kann es sich vorstellen, knüpft es aber an eine saubere Kostenrechnung und will nach Leistungsfähigkeit differenzieren. Reiter (SPD) verweist auf das bestehende 365-Euro-Ticket mit kostenloser Kindermitnahme bei der Isarcard und ist am zurückhaltendsten.

Fachkräftegewinnung: Gleiche Diagnose, unterschiedliche Therapie

Alle erkennen das Problem, aber die Hebel unterscheiden sich deutlich. Baumgärtner (CSU) und Ruff (ÖDP) setzen primär auf Wohnraum als Schlüssel – städtische Wohnungen sollen prioritär an Kita-Personal vergeben werden. Piazzolo (FREIE WÄHLER) will an der Ausbildungsstruktur drehen: Kürzer, praxisnäher, früher bezahlt. Krause (Grüne) setzt auf Intensivierung des Bestehenden: Zulagen, Ausbildungsplätze, europaweite Anwerbung von Fachpersonal. Ruff (ÖDP) bringt als einziger die Entlastung von erziehungsfremden Aufgaben wie Bürokratie und Reinigung als zentralen Hebel ein. Reiter (SPD) verweist auf bereits Umgesetztes: Die Arbeitsmarktzulage für Erzieherinnen und Erzieher, die Verdoppelung der Azubi-Zahlen und eine zweite Fachakademie für Sozialpädagogik.

Familiengeld: Überraschende Brüche entlang der Parteilinien

Baumgärtner (CSU) überrascht, weil er als CSU-Kandidat die kurzfristige Ankündigung seiner eigenen Landespartei offen als unglücklich kritisiert und Augenmaß beim Übergang fordert – hält aber grundsätzlich beide Förderwege für vertretbar. Krause (Grüne) begrüßt die Umschichtung in Einrichtungen inhaltlich, fordert aber Transparenz über die Mittelverwendung. Piazzolo (FREIE WÄHLER) stört weniger die Entscheidung als der Prozess – er hätte sich eine Übergangsphase und eine frühere Kommunikation gewünscht. Reiter (SPD) differenziert: Er begrüßt die verbesserte gesetzliche Förderung, bedauert aber den Wegfall der Leistungen an Familien. Ruff (ÖDP) sieht einen klaren Transparenzverlust und schlägt als einziger einen konkreten kommunalen Ausgleich vor: Die Senkung des Verpflegungsgeldes.

Hinweis: Diese Analyse wurde redaktionell auf Basis der Interviews erstellt und gibt keine Bewertung oder Empfehlung des GEB ab.



Fortsetzung
nächste Seite



Unterschiede



Erste 100 Tage: Fünf Ansätze, fünf Führungsstile

Hier zeigen sich die unterschiedlichen Führungsstile am deutlichsten. Ruff (ÖDP) will binnen zwei Monaten eine systematische Bestandsaufnahme aller Einrichtungen – erstellt von Personal und Elternvertretungen vor Ort. Baumgärtner (CSU) setzt auf klare Prioritäten: Wohnraum für Fachkräfte und der Verwaltung politische Rückendeckung geben, Ermessensspielräume konsequenter auszuschöpfen. Krause (Grüne) will Fachleute ermutigen, neue Wege zu gehen, und ihnen den Rückhalt geben, dass dabei auch Fehler passieren dürfen. Piazzolo (FREIE WÄHLER) will sich zunächst einen fundierten Überblick über Finanzen und Aufgaben verschaffen und die Menschen in München stärker zusammenführen. Reiter (SPD) setzt auf Kontinuität und fokussiert auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, der 2026 in Kraft tritt.

Hinweis: Diese Analyse wurde redaktionell auf Basis der Interviews erstellt und gibt keine Bewertung oder Empfehlung des GEB ab.



Fazit: Was die Gespräche zeigen



Die Kandidaten unterscheiden sich weniger im „Was“ als im „Wie“. Die inhaltlichen Ziele sind erstaunlich ähnlich: Alle wollen mehr Personal, bezahlbare Betreuung, sichere Schulwege und gesunde Ernährung. Die eigentlichen Unterschiede liegen in den Wegen dorthin – von der klaren Priorisierung und politischen Rückendeckung für die Verwaltung (Baumgärtner) über die Bestandsaufnahme gemeinsam mit Personal und Elternvertretungen vor Ort (Ruff) und die Stärkung bewährter Maßnahmen bei gleichzeitiger Förderung von Eigeninitiative in den Einrichtungen (Krause) bis hin zum nachhaltigen Zusammendenken von Kita und Schule und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Piazolo) und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung bei Fortführung der laufenden Ausbauoffensive (Reiter).

Für Eltern, die sich ein Bild machen wollen, lohnt sich daher weniger der Blick auf die großen Überschriften – dort klingen alle Kandidaten ähnlich – als vielmehr auf die konkreten Vorschläge und den jeweiligen Führungsstil. Denn die Frage ist am Ende nicht nur, was versprochen wird, sondern wie es umgesetzt werden soll.

Hinweis: Diese Analyse wurde redaktionell auf Basis der Interviews erstellt und gibt keine Bewertung oder Empfehlung des GEB ab.



Die Interviews in voller Länge

In der Reihenfolge, in der wir sie führten:

**Interview:
Tobias Ruff
ÖDP**

↓

Seite: 14

**Interview:
Clemens
Baumgärtner CSU**

↓

Seite: 21

**Interview:
Prof. Dr. Piazzolo
FREIE WÄHLER**

↓

Seite: 27

**Interview:
Dominik Krause
Die Grünen**

↓

Seite: 31

**Interview:
Dieter Reiter
SPD**

↓

Seite: 37



Interview mit dem OB-Kandidaten der **ÖDP**:

Tobias Ruff

Tobias Ruff (Jahrgang 1976) ist Diplom-Forstingenieur und Gewässerökologe, seit 2010 im Münchner Stadtrat und seit 2020 Fraktionsvorsitzender der ÖDP. Er ist Co-Landesvorsitzender der ÖDP Bayern und Verfasser des Volksbegriffs „Artenvielfalt“. Als Vater zweier Töchter – seine Frau ist Erzieherin – bringt er eine besonders direkte persönliche Perspektive auf die Themen Betreuung und Fachkräftemangel mit.



Das Interview fand am 2. Februar 2026 in einem persönlichen Gespräch im Büro des GEB statt. Die Transkription wurde auf Lesbarkeit lektoriert.

GEB: Herr Ruff, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. In den Wahlprogrammen stehen die Ideen für Kinderbetreuung in Konkurrenz zu vielen anderen Themen. Daher unsere erste Frage an Sie als Oberbürgermeisterkandidaten der ÖDP: Was ist Ihre persönliche Vorstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in München – in einem Satz?

Ruff: Meine Vorstellung ist erst mal, dass man die Vielfalt der Bedürfnisse abbildet, die Eltern haben. Das bedeutet: Manche brauchen Betreuung außer Haus und manche brauchen Freiräume für die Familie – finanzielle Unterstützung, zeitliche Freiräume oder eben „Außerhausunterstützung“ mit Krippenplatz, Kindergartenplatz. Wir müssen als Stadt diese komplette Vielfalt abdecken, sodass die Wahlfreiheit für die Eltern da ist. Und Abdecken heißt auch eine Ausstattung, mit der wir zufrieden sein können als Eltern. Ich bin selber Vater von zwei Kindern und habe das alles mitgemacht. Die jüngere Tochter sitzt in der dritten Klasse. Das Entscheidende ist die Ausstattung, sowohl was Personal als auch was die Räumlichkeiten betrifft.

GEB: München steckt wie viele Kommunen in einer Finanzkrise und muss sparen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten und Hort

im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben? Oder anders gefragt: mit welchen anderen großen Aufgabenbereichen konkurriert der Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich konkret – und wo würden Sie im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?

Ruff: Kleiner Widerspruch: Die Finanzkrise schaut wilder aus, als sie tatsächlich ist. Wir haben jetzt wieder die Quartalszahlen, Steuerschätzung – es ist nicht so schlecht. Wir haben immer noch wahnsinnig hohe Einnahmen. Wir haben ein Verteilungsproblem. Die Frage ist: Was machen wir mit den Geldern, und die Kosten rennen uns weg. Meiner Meinung nach kann man an Großprojekten sparen, an Prestigeprojekten, an großen Autotunneln, an einer Olympiabewerbung, die uns zehn Milliarden kostet – aber nicht an Kindern, an Bildungseinrichtungen.

GEB (Nachfrage): Und wo würden Sie da im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?

Ruff: Beim Beton. Ich würde immer in Menschen investieren und weniger in Beton. Und wenn der Beton nicht einmal Menschen dient, sondern vielleicht Autos dient oder einem kurzfristigen Event, dann steht das ganz hinten. Aber das Geld immer in Richtung Mensch: bessere Organisation, bessere Betreuung und so weiter.

GEB (Nachfrage): Das heißt aber nicht, dass Sie nicht auch in den Ausbau von Kindergärten, Horten etc. investieren würden?



Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

Ruff: Nein. Aber das Erste ist immer: In Personal, in Organisation, und dann Beton. Ich brauche klipp und klar neue Schulen, neue Krippen-, neue Kindergartenplätze, das brauche ich. Aber ich würde immer sagen: In dem ganzen Strauß von Aufgaben, die die Stadt übernimmt – und es sind sehr, sehr viele Freiwillige Aufgaben* – ist Betreuung nicht freiwillig, das ist eine Pflichtaufgabe*. Freiwillig ist es, andere große Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Das ist dann oft keine Organisations- oder Personalsache, sondern eine Baumaßnahme – und das steht dann bei mir hinten an.

GEB: Herr Ruff, Sie setzen sich unter anderem ein für qualitativ hochwertige Betreuung, die Erhöhung der Attraktivität für Erziehungsberufe sowie für mehr vegetarische und vegane Gerichte in städtischen Kindergärten und den Ausbau von Waldkindergärten. Wir haben gerade eben schon die angespannte Haushaltslage angesprochen. Sie sagen, sie ist nicht ganz so dramatisch, wie sie häufig dargestellt wird. Aber trotzdem: Die Maßnahmen, die Sie sich vorgenommen haben, kosten sicherlich Geld. Wie planen Sie, das Ganze umzusetzen?

Ruff: Fangen wir mit dem letzten Punkt an: Waldkindergärten sind deutlich günstiger als andere Kindergärten. Die sollen auch kein Pflichtmodell sein, aber sie können eine sehr sinnvolle und gute Ergänzung sein, und eine kostengünstige. Ein bester Freund von mir war bis vor Kurzem Bürgermeister und hat in seiner Gemeinde inzwischen freiwillig fast 40 Prozent der Kinder – ist eine kleine Gemeinde – in Waldkindergärten. Die haben mehr Platz, mehr Freiraum. Das kann man nicht mit München vergleichen, aber es ist etwas Kostengünstiges.

Ich bin auch der Überzeugung, dass vegetarisches Essen und pflanzliche Ernährung auf keinen Fall teurer sein muss. Der Rohstoffeinsatz bei den

Lebensmitteln ist der kleinste Teil der Kosten, die bei der Verpflegung entstehen. Ob ich Nudeln – die paar Gramm, die so ein Kind isst – in Bio-Qualität zur Verfügung stelle oder in einer anderen Qualität, ist nicht der entscheidende Kostenfaktor. Der entscheidende Kostenfaktor ist: Wie organisiere ich es? Wer liefert es? Die Lohnkosten, die Energiekosten, was da alles dranhängt. Da kann man mit relativ kleinen Beträgen eine andere Qualität den Kindern bieten.

GEB: Wie wollen Sie die Attraktivität der Erziehungsberufe weiter erhöhen, auch vor dem Hintergrund der Kosten? Und dann qualitativ die Betreuung hochwertig sichern?

Ruff: Ich bin da relativ nah dran. Meine Frau ist Erzieherin und ist inzwischen als Handwerkslehrerin fortgebildet. Es ist nicht mehr ganz so wie wenn wir zehn, fünfzehn Jahre zurückdenken, dass das Lohnniveau das Entscheidende ist, sondern es sind eher andere Faktoren, die den Beruf so unattraktiv machen. Das ist die Dauerbelastung, das ist Personalmangel, das ist eine dauerhafte Stresssituation, und es kommt der Wohnraummangel dazu. Verglichen mit dem Lohnniveau und den Wohnungskosten – das sind die Faktoren, an denen man steuern muss.

Man muss in Wohnraum investieren, Wohnraum für die Beschäftigten. Ich glaube, das ist Aufgabe der Stadt: dass es den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – auch denjenigen, die Zuschussnehmer sind, wir haben ja ganz viele Träger – dass man dort günstigen Wohnraum schafft. Das gilt auch für die anderen sozialen Berufe, Pflegepersonal – da einen attraktiven Platz zu bieten.

Und das Zweite ist Stressabbau. Stressabbau heißt: Eine ausreichende Personaldecke und das Personal entlasten von erziehungsfremden Aufgaben – also Bürokratie, Reinigung und ähnliche Sachen. Solche Aufgaben müssen ausgelagert werden. Das Personal muss wirklich da sein für die Kinder.

GEB: Jetzt erleben viele Eltern ja weiterhin stark steigende Kosten im Familienalltag. Sie haben vorhin schon gesagt, Sie würden eher auf den Menschen setzen und in die Familien investieren wollen, anstatt in Beton. Aber ist es denn realistisch, und wie würden Sie sicherstellen, dass die Familien im Betreuungsbereich weiterhin von den



* Zur Erfüllung von Freiwilligen Aufgaben ist eine Gemeinde nicht verpflichtet – ihr steht es frei, zu entscheiden „Ob“ und ggf. „Wie“ sie diese Aufgaben wahrnehmen.

** Zur Erfüllung von Pflichtaufgaben ist eine Gemeinde durch Gesetz verpflichtet. Sie hat keine Entscheidung darüber „Ob“ sie diese Aufgaben erfüllt, aber über das „Wie“, also über die Art und Weise wie diese Aufgaben erfüllt werden sollen. Die Erfüllung der Pflichtaufgaben muss zunächst sichergestellt sein, bevor eine Gemeinde freiwillige Aufgaben übernimmt.



Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

hohen Kita-Gebühren entlastet bleiben oder stärker entlastet werden können, ohne dass die Qualität der Betreuung dabei auf der Strecke bleibt?

Ruff: Das sind jetzt zwei Sachen, die miteinander verwoben sind. Das eine ist ein günstiger oder sogar kostenfreier Betreuungsplatz und das andere ist das Personal, das kostet. Da muss uns aber bewusst sein, dass der Beitrag, den die Eltern zum Betreuungsplatz zahlen – selbst wenn sie etwas zahlen, und in früheren Jahren haben sie ja einen deutlich höheren Beitrag geleistet – nur einen kleinen Teil dessen darstellt, was der öffentlichen Hand ein Platz überhaupt kostet.

Insofern bin ich der Meinung: Von den Eltern – und viele sind ja finanziell am Limit – mehr zu verlangen, verbessert die Situation der Stadt nur unwesentlich. Den Großteil der Betreuungskosten trägt ohnehin die Stadt – die ganzen Investitionskosten und so weiter. So ein Betreuungsplatz kostet uns in der Regel mindestens 1.600 Euro im Monat, über alles gerechnet. Und jetzt da von den Eltern 50 Euro zu verlangen, oder 30 Euro mehr, das entlastet die Stadt nicht im entscheidenden Maße. Aber die jungen Familien, die ja oft in einer Situation sind, dass sie sich mit der Wohnung vergrößern müssen, dass es ein Umbruch im Erwerbsleben ist, dass ein Kind da ist und das alles – die trifft auch so ein Beitrag schon stark. Und das muss uns als Gesellschaft bewusst sein.

GEB: Könnten Sie sich in dem Zusammenhang auch grundsätzlich vorstellen, die öffentlichen Verkehrsmittel für Kinder bis 14 Jahren kostenfrei zur Verfügung zu stellen, um die Familien weiter zu entlasten und den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen?

Ruff: Ganz, ganz wichtig, da haben wir schon mehrere Anträge in unserer Fraktion gestellt. An zwei Enden setzen wir an: Die Kinder und die Senioren. Das sind die Personengruppen, die am meisten auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Senioren sind einfach nicht mehr so mobil und mit Kindern ist man auch nicht so mobil. Man ist aber auf die Fortbewegung angewiesen: In die Krippe, in den Kindergarten, Bildungsangebote, Freizeitgestaltung am Nachmittag.

Ich habe deswegen schon mehrmals Anträge

gestellt und auch mit dem Oberbürgermeister persönlich geredet. Allererster Schritt wäre beim Deutschlandticket die kostenlose Mitnahme für Kinder. Das machen andere Kommunen und bei den anderen Fahrkarten der MVV war die kostenlose Mitnahme auch möglich. Ich bin davon überzeugt, dass die Stadt das einfach machen könnte. Sie könnte die Mitnahme akzeptieren. Man verweist stattdessen auf Verhandlungen mit dem Bund, mit dem Verkehrsminister. Da bin ich ganz anderer Überzeugung: Das Deutschlandticket existiert und wenn Eltern das haben, könnte die MVV auf Eigenregie die Mitnahme akzeptieren.

Wäre überhaupt kein bürokratischer Aufwand, wäre nur ein Sprechakt vom Oberbürgermeister. Ich habe hierzu mehrfach den Antrag gestellt, weil ich weiß, wie wichtig das wäre.

GEB (Nachfrage): Geht ja bei Hunden auch. In Berlin kostet der Hund und in München ist er kostenfrei.

Noch eine kurze Nachfrage zum Thema Mobilität: Sie haben es vorhin auch schon angesprochen, wie wichtig es ist, dass wir beim Verkehr mehr Fahrräder auf die Straße bekommen. Heute bin ich beispielsweise über die Lindwurmstraße hergefahren, dort ist mittlerweile ein neuer Teil wunderbar ausgebaut, das ist aber leider nicht die Regel hier in München. Wenn ich mit meiner Familie sage, ich möchte nicht in die U-Bahn einsteigen, sondern steige aufs Lastenrad oder hänge mir einen Anhänger hinten ans Fahrrad dran, dann ist es teilweise eine Zumutung, über die Straßen zu fahren. Was planen Sie diesbezüglich, wenn Sie Bürgermeister werden?

Ruff: Was ich mache, ist, dass die Entscheidung des Ratsentscheids ganz zügig umgesetzt wird. Ratsentscheid heißt: Ein Altstadt-Radring und zehn Radschnellwege sternförmig raus. Die Lindwurmstraße ist eine Richtung, aber ich bin im Münchner Norden zu Hause, arbeite aber in Haar, und muss ganz oft die Wasserburger Landstraße reinfahren – das ist eine Katastrophe. Würde ich mit meinen Kindern nicht fahren, einfach zu gefährlich.

Was brauchen wir? Eine schnelle Umsetzung und wahrscheinlich eine kostengünstige Umsetzung. Das heißt: Ganz schnell erst mal abmarkieren. Sichere, breite Radwege abmarkieren. Und dann alle Brennpunkte entschärfen, wo es gefährlich





Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

wird. Da gibt es übrigens von Radaktivisten Karten, die über 100 Punkte in der Stadt auflisten, wo ein Radweg einfach endet – im Nichts. Richtige Gefahrensituationen.

Was mir auch ganz wichtig ist und wo ich große Diskussionen führe und das auf alle Fälle ändern möchte, wenn ich mehr Verantwortung habe: Zwischen Radweg und Fahrbahn muss ein Baumstreifen als Sicherheitsstreifen sein. Das schirmt Kinder von der Fahrbahn ab. Was man neuerdings beim Trambahnbau macht, ist: Trambahn, Bäume, Fahrbahn und neben der Fahrbahn den Radweg. Bäume zwischen Tram- und Fahrbahn nutzen niemandem etwas, können auch gar nicht wachsen wegen der Fahrdrähte. Aber für die Kinder ist es wichtig: Zwischen Fahrbahn und Radweg muss ein Baumstreifen sein, etwas Grünes, einfach zwei Meter noch mal Abstand zu den Autos.



GEB: Das schließt wunderbar an ein sehr emotionales Thema an: die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg in die Kita, den Kindergarten, Hort und Schule. Gerade die Situation mit Eltern-taxis vor den Einrichtungen sorgt immer wieder für Gefahrensituationen. Was wollen Sie tun, damit unsere Schulwege für die Kinder sicherer sind?

Ruff: Ganz, ganz wichtig wäre mir, dass wir in sämtlichen Fahrzeugen möglichst bald Abbiegeassistenten einführen. Die ganz gefährlichen und die tödlichen Unfälle passieren ganz häufig beim Abbiegen im toten Winkel. Jetzt können wir das nicht vorschreiben als Stadt, und die EU schreibt es zwar vor, aber da ist eine zeitliche Perspektive von mehreren Jahren. Wir können aber sämtliche Auftragnehmer in dieser Stadt verpflichten, so etwas aufzurüsten. Jeder Lastwagen, der für die Stadt München fährt – ob er eine Kita mit Lebensmitteln beliefert, ob es ein Bus ist, ein Müllfahrzeug oder was auch immer – braucht einen Abbiegeassistenten, damit diese tödlichen Unfälle aufhören.

Mir ist es auch ganz wichtig – und das richtet sich ein bisschen an Sie –, die Eltern dafür zu sensibilisieren, dass vor allen Dingen auch Sie auf den Schulwegen unterwegs sind. Sie sind oft mit dem Auto auf dem Schulweg unterwegs, wo die Nachbarskinder mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind. Oft in der Früh in Stresssituationen. Wir sind alle ständig unter Druck, Eltern erst recht, weil

sie Kinder und Arbeitsleben vereinen müssen. Wir müssen auch da den Verkehr vor den Einrichtungen, vor den Kindertagesstätten, vor den Schulen so gestalten, dass man sich nicht gegenseitig gefährdet. Da ist oft Chaos.

GEB (Nachfrage): Wie wollen Sie da mobilisieren oder darauf aufmerksam machen? Haben Sie konkrete Ideen?

Ruff: Es läuft bereits an manchen Schulen eine Aufklärungskampagne. Die muss man unbedingt fortführen und intensivieren. Man muss vielleicht auch verstärkt kontrollieren. Dieses Parken in zweiter Reihe vor der Schule ist extrem gefährlich für Kinder.

Und man muss das an der einen oder anderen Stelle baulich ändern. Wir müssten eigentlich sämtliche Einrichtungen als Stadt durchgehen und sagen: Was muss ich hier verändern, damit die Situation anders aussieht? Wo muss ein Halteverbot hin, wo muss ich den Wendeverkehr abseits der Schule hinlegen, sodass ich schon 100 Meter vorher nicht mehr anfahren kann? Aber das sind alles Einzelmaßnahmen, das kann in jeder Schule, in jeder Kindertagesstätte anders ausschauen. Meine Aufgabe als Oberbürgermeister wäre es dann wirklich, das anzustoßen und zu sagen: So, wir haben eine Liste und die gehen wir jetzt binnen eines Jahres durch. Und dann können wir in die Maßnahmen kommen.

GEB (Nachfrage): Wenn Sie gerade diese Liste ansprechen – eine kurze außerplanmäßige Rückfrage dazu: Wir haben eine Arbeitsgruppe für die Verkehrssicherheit für Kinder aller Altersklassen. Es findet mit dieser bereits eine gute Zusammenarbeit mit dem Mobilitätsreferat statt. Könnten Sie sich vorstellen, diese noch zu erweitern oder eine noch intensivere Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen darzustellen?

Ruff: Ich glaube, das muss so sein, weil es die Akzeptanz braucht und die Erfahrungen. Das eine ist ein Referat, eine Verwaltung, und das andere sind die Menschen, die sich vor Ort draußen bewegen. Die wissen, wo es gefährlich ist und wo es mangelt. Deswegen muss das intensiver sein. Gerade weil es Einzelfälle sind, weil es in jeder einzelnen Einrichtung anders aussieht und eine andere Maßnahme die zielführende sein kann.



Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

GEB (Nachfrage): *Es ist ja meistens das Problem vor den Schulen, dass einfach nicht kontrolliert wird und die Polizei dann sagt, sie hat keine Kapazitäten frei. Was gäbe es da für Lösungssätze oder was würden Sie befürworten, damit eine gewisse Routinekontrolle vor den Schulen stattfindet? Weil ansonsten bringt das Schild nichts, dann steht da doch das Mietauto, obwohl es da nicht stehen darf, und keiner kontrolliert's und es ändert sich nichts.*

Ruff: Wir haben da in der Stadt eine geteilte Verantwortung. In den Bereichen, wo wir ein Parklizenzgebiet haben, ist die kommunale Verkehrsüberwachung da, die KVÜ. Die gehört der Stadt, die kann Strafzettel ausstellen und die können wir steuern. Da könnten wir als Stadt einfach hergehen und sagen: So, und in den nächsten drei Wochen, Schulbeginn, ist euer Schwerpunkt vor der Schule und vor dem Kindergarten zu kontrollieren.

Überall außerhalb der Parklizenzgebiete – das ist im Prinzip alles außen rum, außerhalb vom Mittleren Ring so ganz grob, gibt es natürlich Überlappungen – da ist die Polizei zuständig. Und die Polizei ist überlastet, das müssen wir einfach so sehen. Auch da glaube ich aber, dass man mit ihnen Gespräche führen kann und sagen kann: Auch wenn ihr überlastet seid, konzentriert euch mal drei Wochen zu Schulbeginn und vielleicht noch mal nach den Weihnachtsferien auf diese Aufgabe. Ich glaube, wenn man Schwerpunkte setzt, kann man auch mit wenig Personal etwas erreichen, weil man punktuell dann viel, viel stärker auftritt.

GEB: *Das bayerische Familiengeld wurde gestrichen – mit der Begründung, Mittel stärker in Bildungseinrichtungen zu lenken. Profitieren Kinder und Einrichtungen in München tatsächlich davon – oder wird die Mittelverwendung für Eltern dadurch intransparenter? Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entscheidung konkret in München aus – für die Qualität der Betreuung, für Elternbeiträge und für die Arbeit in den Einrichtungen? Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen?*

Ruff: Intransparenter wird es ganz klar, weil jetzt Geld nicht mehr unmittelbar bei den Eltern ankommt, sondern bei den Kommunen auf Umwegen. Und wo die Kommune das reinsteckt – wenn

sie an einer Stelle eine Kita baut, kommt es nicht den Eltern in der anderen Kita zugute, die schon besteht. Ob das im Endeffekt zur Stabilisierung von Beiträgen führen kann, kann heute überhaupt niemand abschätzen. Vor allen Dingen, weil ja jeder Bau eine Weile dauert. Da profitieren unter Umständen Eltern, deren Kinder dann längst einen Schritt weiter in der Schule sind.

Insofern glaube ich, diese Verquickung von zwei Themen – dieses Geld zu streichen und an anderer Stelle einzusetzen – ist schon auch ein Weg, die Verwendung intransparent zu machen.

Ich möchte an dieser Stelle jetzt keine absichtliche Verschleierung unterstellen, aber es ist ein Effekt, der einen nicht zufriedenstellen kann.

GEB (Nachfrage): *Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen? Können Sie da mit den Geldern irgendwie arbeiten? Wie können wir uns das als Eltern vorstellen, wie das dann abläuft?*

Ruff: Das ist eine Entscheidung vom Freistaat. Und als Oberbürgermeister, als Stadtrat, als Fraktionsvorsitzender kann ich auf die städtischen Sachen Einfluss nehmen. Da würde ich sagen: Man müsste dann als Reaktion die Beiträge der Eltern für die Betreuung senken. Also zum Beispiel das Verpflegungsgeld. Dann wäre das ein unmittelbarer Ausgleich, der sich über alle Eltern hinweg erstrecken würde und es wäre wieder Transparenz hergestellt. Dann würden wir in unserem Verantwortungsbereich genau das übernehmen und ausgleichen, was man kann.

Ich könnte ja versprechen, ich setze mich wieder dafür ein, dass es wiederkommt, aber ich glaube, das wäre unredlich, weil es eine andere Ebene ist. Aber wir können in unserem Verantwortungsbereich durchaus mit dem Geld einen äquivalenten Ersatz schaffen.

GEB (Nachfrage): *Weil Sie es gerade gesagt haben: Wie wäre der Gedanke, dass das Essen für die Kinder – und München hat ja auch eine gewisse Armutsgrenze – kostenlos wäre in den Einrichtungen? Wäre so etwas denkbar oder ist das utopisch, weil es finanziell überhaupt nicht möglich wäre?*

Ruff: Ich halte das für absolut wünschenswert. Meine jüngere Tochter ist an einer Schule, wo es ein Frühstücksangebot gibt, dabei ist es eine Brennpunktschule. Es kommen sehr, sehr viele





Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

Kinder ohne ausreichende Brotzeit in die Schule. Das hat unterschiedliche Gründe. Manche nehmen das einfach gerne in Anspruch, bei manchen ist es finanziell eng, bei manchen zeitlich eng. Es ist ein zunehmender Anteil von Kindern, die nicht ausreichend Brotzeit dabei haben. Und solche Kinder lernen nicht – mit leerem Magen lernt man nicht. Das tut mir auch unendlich leid für diese Kinder.

Insofern wäre das der richtige Weg. Man könnte zum Beispiel solche Angebote unterstützen und schauen, dass diese flächendeckend kommen. Bis jetzt sind sie ja in der Regel ehrenamtlich und durch Spenden getragen. Da könnte die Stadt unterstützen. Nicht alles, was die Stadt in die eigene Hand nimmt, ist sofort effizient und kostengünstig. Das machen Ehrenamtliche in der Regel besser und zielgerichteter und günstiger. Aber man könnte sie finanziell unterstützen.

GEB: *Anders als die Sparmassnahmen im Verwaltungsbereich gibt es keinen Einstellungsstopp für ErzieherInnen und zudem diverse neu aufgesetzte Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung. Dennoch spüren Eltern täglich die angespannte Personalsituation. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie als OB priorisieren, um Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten und dann zu entlasten?*

Ruff: Das sind die zwei Stellschrauben, die ich vorher schon genannt habe: den Beruf weniger stressig machen, entlasten, sodass er angenehmer ist und die Fluktuation nachlässt. Und zweitens die Wohnraumsituation verbessern.

Darüber hinaus, glaube ich, kann man das Erziehungspersonal auch entlasten, wenn man ein Stück weit flexibler ist in den Angeboten. Beispielsweise bei der Stundenzahl. Ich weiß zum Beispiel, dass man in vielen Horten immer die ganze Woche buchen muss und auch eine Mindeststundenanzahl. Das brauchen viele Eltern gar nicht. Viele Eltern, die sich die Erziehung teilen oder einen Teilzeitjob haben, sagen: Drei Stunden Hort am Nachmittag reichen mir. Andere sagen: Mir ist vor allen Dingen Donnerstag, Freitag wichtig. Und wieder andere sagen: Mir ist Dienstag, Mittwoch wichtig.

Wenn man da flexibler wird, könnte man sein Kind ab und zu mal abholen oder es wäre einfach nicht da. Die Gruppengröße wäre viel kleiner,

wenn die Horte sich so flexibel zeigen würden. Das machen sie aktuell nicht, im Gegenteil: Man verliert einen Hortplatz, wenn man die gebuchte Stundenanzahl nicht ausnutzt. Wenn ich aber flexibler bin und die Gruppengröße dadurch durchschnittlich reduziere, mindere ich schon mal den Stressfaktor für die Erzieherinnen. Dann ist es am Freitagnachmittag zum Beispiel immer so ein kleines Zuckerl, ein Bonustag, wo man als Erzieherin einfach aufatmen kann und sagen kann: Mensch, heute sind nur halb so viele da, heute kann ich mich den Anwesenden viel intensiver widmen und vielleicht ein Zusatzangebot machen, das ich dann selber auch genieße.

So macht man das Ganze für beide Seiten viel attraktiver. Das sind Stellschrauben, wo man in die Organisation reingehen sollte und auch die Verantwortung ein bisschen in die einzelnen Einrichtungen runtergeben sollte – und als Verwaltung oben nicht ganz so viel vorgeben sollte.

GEB: *Viele Eltern wünschen sich vor allem Verlässlichkeit bei Öffnungszeiten und Betreuung. Man sieht immer wieder, dass die hohe Menge an Teilzeitstellen oft zu einer Herausforderung bei der Deckung der Öffnungszeiten führt. Gleichzeitig wünschen sich viele Eltern sehr lange Betreuungszeiten. Haben Sie konkrete Ideen, wie hier gegengesteuert werden kann – oder braucht es ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft?*

Ruff: Das ist schon eine schwierige Sache mit diesen Schließzeiten, die die Eltern vollkommen überfordern und auf der anderen Seite die Eltern zwingen, ihren Urlaub genau da rein zu legen. Da rein zu legen, wo dann alle anderen auch Urlaub machen, wo der Urlaub einfach schon mal teurer wird und die Planung viel schwerer wird. Es zwingt auch sämtliche Erzieherinnen, genau dann ihren Urlaub zu machen.

Es ist sicher nicht einfach, da pauschal eine Lösung anzubieten. Auf der anderen Seite: Je flexibler es ist, desto mehr könnte man wahrscheinlich darauf eingehen. Vielleicht bräuchten wir auch – um Entlastungen zu schaffen, auch vor allen Dingen im Krankheitsfall – noch mehr flexibles Personal, das an der einen oder anderen Stelle springt, um dann zum Beispiel während der Ferienzeit noch eine Gruppe anbieten zu können.





Interview mit Tobias Ruff / ÖDP

GEB: *Angenommen, Sie werden am 8. März zum Bürgermeister gewählt – Was setzen Sie in den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit um, um die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort voranzutreiben?*

Ruff: Ich würde zwei Sachen machen. Ich würde aufs Personal zugehen und ich würde auf die Elternvertretungen zugehen. Ich würde mir vom Referat wünschen, dass das in allen Einrichtungen passiert. Binnen zwei Monaten – die gibt man mal vor und dann werden es wahrscheinlich eh vier Monate – eine Liste anzulegen, um die Fragen zu sammeln: Was sind die Wünsche, wo sind die Knackpunkte, was muss ich umsetzen? Einfach eine Bestandsaufnahme, die auf dem Tisch liegt und man weiß: In der Einrichtung kann ich mit einer ganz kleinen Sache großen Effekt erzielen. Und in der anderen Einrichtung fehlt es weiter, da muss ich vielleicht wirklich einen Ersatzneubau machen oder Ähnliches.



Ich glaube, eine Bestandsaufnahme ist das, was notwendig ist. Und die muss zwar von oben angestoßen werden, aber gemacht werden muss sie von den Menschen, die vor Ort arbeiten oder als Elternschaft das täglich wahrnehmen. Das wäre der Anfang.

GEB: *Vielen Dank für unser Gespräch, Herr Ruff.*



Interview mit dem OB-Kandidaten der **CSU**:

Clemens Baumgärtner

Clemens Baumgärtner (Jahrgang 1976) ist gelernter Jurist und war sechs Jahre lang Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München – und damit auch Chef des Oktoberfests. In der Kommunalpolitik ist er seit über 20 Jahren aktiv. Er ist in München aufgewachsen, verheiratet und Vater zweier Kinder. Im Gespräch betonte er seine eigene Erfahrung als Kind einer alleinerziehenden Mutter, die auf Betreuung angewiesen war.



Das Interview fand am 3. Februar 2026 in einem persönlichen Gespräch im Büro des GEB statt. Die Transkription wurde auf Lesbarkeit lektoriert.

GEB: Herr Baumgärtner, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. In den Wahlprogrammen stehen die Ideen für Kinderbetreuung in Konkurrenz zu vielen anderen Themen. Daher unsere erste Frage an Sie als Oberbürgermeisterkandidaten der CSU: Was ist Ihre persönliche Vorstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in München – in einem Satz?

Baumgärtner: Angebote schaffen, keine Verpflichtungen auferlegen und Angebote vor allem so zahlreich schaffen, dass sie auch tatsächlich von denjenigen, die interessiert sind, wahrgenommen werden können. Ganz einfach.

GEB: München steckt wie viele Kommunen in einer Finanzkrise und muss sparen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten und Hort im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben? Oder anders gefragt: Mit welchen anderen großen Aufgabenbereichen konkurriert der Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich konkret – und wo würden Sie im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?

Baumgärtner: Ganz vorne. Bildung ist frühkindlich bis zum Ende der Schullaufbahn ein zentrales Element. Bildung heißt nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern Menschen zu befähigen, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden und

Verantwortung zu übernehmen. Deswegen gehört Bildung bei der Prioritätensetzung im Haushalt nach vorne. Wir haben das 2014 bis 2020 unter der schwarz-roten Regierung auch gezeigt. 172 Kitas beschlossen, zahlreiche Schulen saniert, gebaut oder auf den Weg gebracht. Deswegen sage ich: Wir reden nicht nur, wir handeln auch.

GEB: Viele Eltern erleben steigende Kosten im Familienalltag. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Familien weiterhin im Betreuungsbereich von hohen Gebühren entlastet bleiben, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden?

Baumgärtner: Diese Frage betrifft das Münchner Kita-Modell und vor allem die Frage, wie man ein Zuschussystem* rechtlich so aufstellt, dass es auch Bestand hat. Es laufen ja noch Klagen. Und es geht darum, welche Priorität wir städtischen Einrichtungen geben im Vergleich zu rein privaten Angeboten. Ich bin der Meinung, dass wir genügend städtische Einrichtungen brauchen für alle, die einen Platz wollen. Es bringt nichts, einen Kitafinder zu digitalisieren, der am Ende nur den Mangel verwaltet. Ein digitaler Mangel bleibt

* In Bayern wird die Kita-Betreuung über das BayKiBiG staatlich gefördert: Einrichtungen erhalten kindbezogene Zuschüsse, und Eltern bekommen ab dem 3. Lebensjahr bis zur Einschulung monatlich 100 € Beitragszuschuss. Zusätzlich können einkommensabhängige Leistungen wie Krippengeld oder die Übernahme der Elternbeiträge beantragt werden.



Interview mit Clemens Baumgärtner / CSU

ein Mangel. Ich habe das konkret erlebt bei einem größeren Münchner Unternehmen. Die wollten eine Betriebskita einrichten, damit ihre Mitarbeiter auch einmal länger arbeiten können, ohne dass um 16 oder 17 Uhr Schluss sein muss, weil die Kita schließt. Zwei Jahre lang hat man versucht, das umzusetzen. Geld war nicht das Problem, sondern Vorgaben wie Fluchtwege, Brandschutz und ähnliche Themen. Da muss man zumindest prüfen, ob innerhalb des bestehenden Rechts pragmatische Lösungen möglich sind, ohne den Schutzgedanken aufzugeben. Wer Plätze schaffen will, dem sollte man helfen und nicht erklären, warum es nicht geht. Für mich gibt es im Kern drei Dinge. Erstens: Betriebskita, die Betreuung schaffen wollen, brauchen Unterstützung. Zweitens: Die Stadt muss ein verlässliches Grundangebot zu einem Preis sichern, den man sich leisten kann. Wer sehr gut verdient, kann auch mehr beitragen, wie das aufgrund der Staffelung der Gebühren jetzt auch schon erfolgt. Wer mit 1.500 Euro netto auskommen muss, der zahlt weniger. Drittens: Besondere Zusatzangebote können auch gesondert finanziert werden. Aber das städtische Angebot muss den grundlegenden Bedarf abdecken. Am Ende ist es eine Frage der Priorität. Wir haben das Geld nicht zweimal. Bildung beginnt früh, und da gehört es hin. Und einen Mangel zu digitalisieren, löst das Problem nicht.

GEB (Nachfrage): *Wir würden trotzdem noch mal kurz eine Konkretisierung zur ersten Frage stellen. Wenn Sie sagen, es fängt bei Bildung an und es geht darum, diesen Mangel erst mal zu beheben – wo wollen Sie hier ansetzen, beim Personal oder eher bei den Einrichtungen selber?*

Baumgärtner: Die Einrichtung wird es ohne Personal nicht geben. Und das führt direkt zum Wohnungsmarkt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen nicht fürstlich und finden auf dem Münchner Markt nicht einfach eine Wohnung. Deshalb müssen wir überlegen, wie wir Wohnungen der Münchner Wohnen stärker für dringend benötigte Berufsgruppen priorisieren. Wenn wir wollen, dass Menschen hier in Kitas oder Krankenhäusern arbeiten, dann müssen sie auch hier wohnen können. Wir haben gesehen, dass Modelle funktionieren, wenn Wohnraum bei der Personal-

gewinnung mitgedacht wird. Daran hängt oft mehr, als man glaubt. Der zweite Punkt ist der Raum. Wir haben in städtischen Gebäuden Leerstand. Nicht alles ist auf den ersten Blick kitagerecht, aber man muss prüfen, was innerhalb des geltenden Rechts möglich ist. Den Eltern hilft kein Idealzustand in fünf Jahren, wenn heute kein Platz da ist. Das heißt nicht, Qualität aufzugeben, aber es heißt, pragmatisch zu handeln. Und langfristig muss man Planung anders denken. Wenn neue Viertel entstehen, dann müssen Betreuung und Schulen von Anfang an mitgeplant werden. Es dürfen nicht erst die Wohnungen gebaut werden und danach stellt man fest, dass Infrastruktur fehlt. Zurück zur Ausgangsfrage: Personal oder Räume? Beides. Und zwar gleichzeitig. Ohne Personal keine Einrichtung, ohne Räume kein Platz. Und beides muss man frühzeitig mitdenken.

GEB: *Sie haben gerade auch schon das Thema Verkehr angesprochen. Auch da geht es für uns um die Frage: Wie kann man Familien unterstützen? Ganz konkret: Können Sie sich auch vorstellen, öffentliche Verkehrsmittel für Kinder bis 14 Jahre kostenfrei anzubieten, um so Familien zu entlasten und den ÖPNV attraktiver zu machen?*

Baumgärtner: Ja, ich kann es mir vorstellen. Aber man muss sich genau anschauen, was es kostet und wie es gegenfinanziert wird. Das ist am Ende eine Rechenfrage. Wenn Kinder früh erleben, dass der ÖPNV ein attraktives Verkehrsmittel ist, dann prägt das auch später. Und natürlich ist es für Familien mit mehreren Kindern eine spürbare Entlastung. Das heißt aber nicht, dass man es automatisch macht. Wir müssen die Zahlen sauber durchrechnen. Ich gehe davon aus, dass wir uns im niedrigen zweistelligen Millionenbereich bewegen würden. Und ich würde auch hier unterscheiden: Wer leistungsfähig ist, kann mehr beitragen, wer wenig hat, braucht die Entlastung wirklich. Wichtig ist für mich die Reihenfolge. Der ÖPNV muss zuverlässig und leistungsfähig sein. Wenn morgens die Trambahn voll ist, hilft eine Kostenfreiheit wenig. Es geht also nicht nur um Tickets, sondern auch um Angebot, Personal und Infrastruktur. Am Ende hängt alles miteinander zusammen.





Interview mit Clemens Baumgärtner / CSU

GEB: *Das bayerische Familiengeld wurde gestrichen – mit der Begründung, Mittel stärker in Bildungseinrichtungen zu lenken. Profitieren Kinder und Einrichtungen in München tatsächlich davon – oder wird die Mittelverwendung für Eltern dadurch intransparenter? Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entscheidung konkret in München aus – für die Qualität der Betreuung, für Elternbeiträge und für die Arbeit in den Einrichtungen? Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen?*

Baumgärtner: Der Wechsel vom Freistaat von einer personenbezogenen zu einer einrichtungsbezogenen Förderung ist etwas, worüber man streiten kann. Ich verstehe vor allem diejenigen, die mit diesem Geld gerechnet haben und es dann plötzlich nicht mehr bekommen haben. Die kurzfristige Ankündigung war unglücklich, da hätte man sensibler vorgehen müssen. Für einen Übergangszeitraum braucht es Augenmaß, gerade für Familien, für die das wirklich relevant war. Grundsätzlich kann man beides vertreten. Ich halte eine einrichtungsbezogene Förderung durchaus für sinnvoll, weil sie direkt den Einrichtungen zugutekommt und Personal- und Sachkosten stabilisiert. Man darf aber nicht vergessen: Es ist eine freiwillige Leistung des Freistaats. Das entbindet die Stadt nicht von ihrer Verantwortung, ausreichend Plätze bereitzustellen. Für die Familien zählt am Ende nicht die Zuständigkeitsfrage, sondern ob und wie Kinderbetreuung funktioniert. Wer keinen Platz bekommt, dem ist egal, ob Bund, Freistaat oder Stadt zuständig sind. Mir geht es darum, dass Betreuung im Alltag verlässlich bereitsteht.

GEB (Nachfrage): *Das heißt, Sie würden sich vor allem dafür einsetzen, dass es in den Einrichtungen auch tatsächlich ankommt und diese weiter ausgebaut werden? Denn ja, es ist eine freiwillige Leistung, aber bei der Streichung war ja die Aussage auch von Seiten des Freistaates, dass diese Gelder umgewidmet werden sollen. Für uns Eltern stellt sich eher die Frage: Wie kann diese Mittelverwendung auch transparent dargestellt werden, gerade um die Eltern mitzunehmen, die bei der Streichung dieser Leistung bisher noch nicht so ganz abgeholt worden sind?*



Baumgärtner: Der Freistaat hat die Haushaltstitel umgeschrieben, die Mittel sind also weiterhin eingeplant. Entscheidend ist jetzt, dass dieses Geld auch vollständig abgerufen und zielgerichtet eingesetzt wird. Es muss tatsächlich in den Einrichtungen ankommen und dort wirksam werden. Nur dann erfüllt die Umstellung ihren Zweck.

GEB: *Anders als die Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich gibt es keinen Einstellungsstopp für ErzieherInnen und zudem diverse neu aufgesetzte Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung. Dennoch spüren Eltern täglich die angespannte Personalsituation. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie als OB priorisieren, um Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten und dann zu entlasten?*

Baumgärtner: Also das Erste, was am meisten hilft, und das gilt nicht nur für Kinderbetreuung, sondern für viele Bereiche, ist die Frage des Wohnraums. Wenn ich will, dass Fachkräfte nach München kommen oder hierbleiben, dann muss ich ihnen eine realistische Chance auf bezahlbaren Wohnraum geben. Das ist für mich der wichtigste Hebel. Die zweite Frage ist, wie wir Ausbildungswege sinnvoll gestalten können, ohne Qualität zu senken. Es geht nicht um Abstriche, sondern darum, Abläufe so zu strukturieren, dass Fachkräfte schneller in den Beruf kommen, wenn das fachlich vertretbar ist. Und wir müssen klären, wie wir mit Seiteneinsteigern umgehen, die pädagogische Kompetenzen mitbringen und vielleicht nach einer Elternzeit neu starten wollen. Da braucht es pragmatische Lösungen statt unnötiger Hürden. Nur über höhere Gehälter werden wir das Problem nicht lösen, weil der Wohnungsmarkt dadurch nicht ausgeglichen wird. Deshalb bleibt Wohnraum der zentrale Punkt. Und natürlich gilt: Unterricht und Betreuung dürfen nicht ausfallen. Ressourcen müssen insgesamt so eingesetzt werden, dass die Prioritäten stimmen.

GEB (Nachfrage): *Die Besoldung ist ja tatsächlich für einen Gymnasiallehrer anders als für einen Realschullehrer, anders als für einen Erzieher oder eine Erzieherin ...*

Baumgärtner: Wir werden sicherlich nicht die Besoldung eines Gymnasiallehrers auf die eines Erziehers übertragen. Wenn sich aber jemand be-



Interview mit Clemens Baumgärtner / CSU

wusst entscheidet, nicht mehr im Schuldienst tätig zu sein und stattdessen in einer Kinderbetreuungseinrichtung zu arbeiten, dann wird er nach den dort geltenden tariflichen und fachlichen Regelungen eingestellt.

GEB (Nachfrage): Auch die Verbeamtung ist ja ein Unterschied ...

Baumgärtner: Ich glaube nicht, dass man strukturelle Probleme allein durch Verbeamtung löst. Verbeamtung hat ihre Berechtigung in Bereichen, in denen besondere staatliche Aufgaben wahrgenommen werden und eine besondere Bindung erforderlich ist, etwa im Sicherheitsbereich oder in weiteren Teilen der Verwaltung. Aber zu glauben, dass damit automatisch alle Personalprobleme gelöst sind, halte ich für zu kurz gedacht. Entscheidend sind am Ende Arbeitsbedingungen, Perspektiven und Rahmenbedingungen.

GEB: Sie sprechen im Wahlprogramm von einer Flexibilisierung für die Kinderbetreuung, die so angepasst sein soll, dass es zu den Arbeitszeiten der Eltern passt. Wir hatten ja vorher schon dieses Beispiel von Ihnen gehört mit der Betriebskita, die möglicherweise etwas länger offen haben kann, damit Menschen entsprechend auch länger arbeiten können. Wie wollen Sie diese Flexibilisierung erreichen, wenn die große Anzahl an Teilzeitkräften in dieser Berufsgruppe die Flexibilisierung gar nicht abbilden kann?

Baumgärtner: Das ist eine Frage, die man am Arbeitsmarkt realistisch betrachten muss. Wenn ich eine Betriebskita einrichte und kein Personal finde, weil viele Fachkräfte nur in Teilzeit arbeiten möchten oder nicht zu erweiterten Randzeiten etwa bei Schichtmodellen, dann muss man überlegen, wie man diese Zeiten attraktiver macht, zum Beispiel über Zuschläge. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Als Student habe ich im Wachdienst gearbeitet und bewusst Sonntags, Feiertags und nachts die Schicht übernommen, weil sich das finanziell gelohnt hat. Vielleicht gibt es auch heute Fachkräfte, gerade am Anfang ihres Berufslebens, für die solche Modelle interessant sind. Über gezielte Zuschläge kann man die Attraktivität von Randzeiten erhöhen. Und auch hier spielt das Thema Wohnraum wieder eine Rolle. Ob Unternehmen zusätzlich Wohnraum anbieten wollen, ist ihre Entscheidung.

Viele sagen verständlicherweise, sie sind Produzenten oder Dienstleister und keine Wohnungsanbieter. Deshalb braucht es realistische Lösungen und Kooperationen zwischen Stadt und Wirtschaft. Ich glaube aber, dass einige Unternehmen solche Modelle prüfen werden, wenn dadurch ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigt.

GEB: Kommen wir zu einem Thema, das viele Eltern sehr bewegt: die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg in die Kita, den Kindergarten, Hort und Schule. Gerade die Situation mit Elterntaxi vor den Einrichtungen sorgt immer wieder für Gefahrensituationen. Was wollen Sie tun, damit unsere Schulwege für die Kinder sicherer sind?

Baumgärtner: Dass Kinder sicher von zu Hause in die Schule oder in die Kita kommen, muss selbstverständlich sein. Genauso selbstverständlich ist Verkehrserziehung, weil Kinder irgendwann eigenständig im Straßenverkehr zurecht kommen müssen. Zur Sicherheit gehört deshalb nicht nur Infrastruktur, sondern auch das Lernen von Verantwortung und Umsicht. Es gibt keinen pauschalen Leitfaden, sondern immer eine einrichtungsbezogene Betrachtung. Liegt eine Einrichtung an einer stark befahrenen Straße, braucht es andere Maßnahmen als in einer ruhigen Wohnstraße. Ich halte wenig davon, pauschal Verbote auszusprechen oder Straßen dauerhaft zu sperren, ohne die konkrete Situation genau zu prüfen. Viele Eltern organisieren ihren Alltag unter Druck, und ich möchte nicht mit erhobenem Zeigefinger agieren. Mir ist wichtig, dass Sicherheitsargumente nicht inflationär gebraucht werden. Wenn man etwas mit der Sicherheit der Kinder begründet, dann muss es auch tatsächlich einen erkennbaren Sicherheitsgewinn geben. Entscheidend ist, dass Verbesserungen für Kinder wirklich spürbar sind.

GEB (Nachfrage): Aber ein Beispiel von unserer Schule: Wir hätten eigentlich eine „Anlieferzone“, aber die ist ständig mit Leih-Autos etc. belegt. Aber diese werden überhaupt nicht kontrolliert oder abgeschleppt oder Ähnliches. Hätten Sie hier einen Anhaltspunkt, bei dem Sie sagen: „Das kann man dann als Stadt verbessern“?

Baumgärtner: Dass dort nicht kontrolliert wird, überrascht mich. Meine Erfahrung ist, dass die kommunale Verkehrsüberwachung durchaus





Interview mit Clemens Baumgärtner / CSU

präsent sein kann. Umso wichtiger ist es, diesen Kontrolldruck gezielt dort einzusetzen, wo es besonders sensibel ist, nämlich vor Schulen und Betreuungseinrichtungen. Wenn Anlieferzonen regelmäßig zweckentfremdet werden, dann muss das überprüft und, wenn nötig, auch sanktioniert werden. Das ist keine ideologische Frage, sondern eine praktische. Regeln müssen dort durchgesetzt werden, wo sie dem Schutz von Kindern dienen. Mir geht es nicht darum, Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen. Ob mit dem Auto, dem Rad, zu Fuß oder mit dem ÖPNV, entscheidend ist, dass vor Schulen Ordnung und Sicherheit gewährleistet sind.

GEB (Nachfrage): Ja, der Unterschied ist auch noch mal: diese Schule liegt nicht im Parklizenzengebiet. Damit ist sie also uninteressant, oder?

Baumgärtner: Mich stört, wenn der Eindruck entsteht, Verkehrsüberwachung diene in erster Linie fiskalischen Zwecken. Ihr Kernauftrag ist die Einhaltung von Regeln, und zwar überall. Wenn Regeln im Umfeld von Schulen nicht eingehalten werden, dann muss das genauso konsequent überprüft werden wie anderswo in der Stadt. Es geht nicht darum, möglichst viele Anzeigen zu schreiben, sondern darum, Sicherheit und Ordnung dort sicherzustellen, wo sie besonders sensibel sind. Ich halte es für richtig, dass die Verkehrsüberwachung in kommunaler Verantwortung bleibt und an neuralgischen Punkten sichtbar präsent ist, vor allem dort, wo Kinder unterwegs sind. Entscheidend ist, dass die Prioritäten nachvollziehbar gesetzt werden und klar ist, dass es um Regelkonsequenz und Sicherheit geht.

GEB (Nachfrage): Sie haben das Thema Verkehrserziehung ins Spiel gebracht. Es ist natürlich auch Aufgabe der Eltern, ihren Kindern entsprechend mitzugeben, dass sie sich im Verkehr bewegen können. Aber Verkehrserziehung sollte ja auch sehr früh ansetzen, also auch bei Krippenkindern, im Kindergarten und so weiter. Haben Sie da konkrete Ideen, wie man das noch erweitern könnte? Abgesehen von dem einen obligatorischen Verkehrserziehungstag im Jahr, der nur für Kindergartenkinder gilt?

Baumgärtner: Na ja, es ist die Frage, wie ich die Lehrpläne, wenn man es so nennen will, gestalte und welchen Stellenwert ich dem Thema Verkehr

gebe. Vor allem geht es um das Miteinander im Verkehr. Dieses Miteinander früh zu lernen, halte ich für sinnvoll. Auch das Bewusstsein für typische Gefahrensituationen im städtischen Verkehr zu schärfen, ist wichtig. Das ist eine Aufgabe der Einrichtungen, aber auch der Eltern, idealerweise im Zusammenspiel. Ich glaube, wir geben unseren Kindern damit etwas mit, was sie auf das Leben in der Stadt vorbereitet. Irgendwann müssen sie sich selbstständig im Verkehr zurechtfinden. Frühe Verkehrserziehung macht deshalb aus meiner Sicht sehr viel Sinn.

GEB: Welche Rolle spielt für Sie gesunde, bezahlbare und nachhaltige Ernährung in Kitas und Horten – gerade bei steigenden Kosten?

Baumgärtner: Essen spielt für mich eine große Rolle. Ich esse selbst gerne. Und ich glaube, dass Ernährung mehr ist als nur Sattwerden. Sie prägt früh, was einem schmeckt und wie man später mit Lebensmitteln umgeht. Ich finde es richtig, dass man dafür einen gewissen Aufwand betreibt. Gleichzeitig halte ich nichts davon, einseitig vorzuschreiben, was Kinder essen sollen oder nicht. Das ist eine Entscheidung der Eltern und, je nach Alter, auch der Kinder. Das städtische Angebot sollte vielfältig sein und unterschiedliche Lebensweisen respektieren. Für mich gehört auch dazu, möglichst frisch zu kochen und Kinder an Lebensmittel heranzuführen. Zu sehen, wie Essen entsteht, vielleicht auch einmal mitzuhelfen, schafft einen anderen Bezug, als wenn alles nur aus der Packung kommt. Das habe ich selbst so erlebt, und es hat mich geprägt. Problematisch finde ich es, wenn über Essensbeiträge indirekt Finanzierungslücken im Kitabereich geschlossen werden sollen. Wenn Beiträge steigen, muss transparent sein, warum. Geht es um Qualität beim Essen oder um Haushaltsfragen? Das sollte offen benannt werden. Ich erinnere mich, dass es früher noch Hauswirtschaftsunterricht gab. Das war vielleicht nicht modern, aber es hat Wertschätzung für Lebensmittel vermittelt. Gerade in einem stressigen Alltag finde ich es sinnvoll, Kindern diesen Bezug mitzugeben.

GEB: Angenommen, Sie werden am 8. März zum Bürgermeister gewählt – was setzen Sie in den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit um, um die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort voranzutreiben?





Interview mit Clemens Baumgärtner / CSU

Baumgärtner: Wir haben viel über das Thema Wohnungen gesprochen, insbesondere über die prioritäre Vergabe städtischer Wohnungen über die Münchner Wohnen. Das ist keine Frage von Neubau über Nacht, sondern von klarer Prioritätensetzung innerhalb der bestehenden Regeln. Und ich möchte, dass Fachkräfte in Kitas und anderen sozialen Einrichtungen bessere Chancen auf bezahlbaren Wohnraum bekommen. Das Zweite betrifft den Bereich Bauen. Ich will keine Vorschriften außer Kraft setzen, aber ich will, dass der vorhandene Ermessensspielraum konsequent genutzt wird. Wenn im Rahmen des geltenden Rechts pragmatische Lösungen möglich sind, dann sollte man sie ermöglichen und nicht aus Vorsicht unterlassen. Dafür braucht die Verwaltung auch politische Rückendeckung. In den ersten 100 Tagen geht es für mich darum, ein klares Lagebild zu bekommen: Wo liegen die größten Engpässe, beim Raum, beim Personal oder in den Abläufen? Dafür braucht es Gespräche und Einblicke in die Praxis. Nach der Wahl muss der direkte Austausch mit den Einrichtungen selbstverständlich sein. Die ersten 100 Tage werden also geprägt sein von klaren Prioritäten, Rückendeckung für pragmatische Entscheidungen und einem ehrlichen Blick auf die tatsächlichen Probleme. Perfekt wird nicht alles sofort laufen, aber ich habe gezeigt, dass ich Verantwortung übernehme und umsetze.



GEB: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Baumgärtner.



Interview mit dem OB-Kandidaten der **FREIE WÄHLER**:

Prof. Dr. Piazolo

Prof. Dr. Michael Piazolo ist Mitglied des Bayerischen Landtags und war von 2018 bis 2023 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. Als ehemaliger Kultusminister bringt er die Landesperspektive auf Bildung und Betreuung mit – einschließlich der Erfahrung mit Personalgewinnung, Lehrplangestaltung und der Verzahnung von Kita und Schule. Er ist seit 2005 Stadtvorsitzender der Freien Wähler München.



Das Interview fand am 3. Februar 2026 in einem persönlichen Gespräch im Büro des GEB statt. Die Transkription wurde auf Lesbarkeit lektoriert.

GEB: Herr Piazolo, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. In den Wahlprogrammen stehen die Ideen für Kinderbetreuung in Konkurrenz zu vielen anderen Themen. Daher unsere erste Frage an Sie als Oberbürgermeisterkandidaten der FREIEN WÄHLER: Was ist Ihre persönliche Vorstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in München – in einem Satz?

Piazolo: Das ist ein ganz zentrales Thema und sollte an einer der vordersten Stellen in der Stadtpolitik stehen. Für mich ist das Entscheidende die Sprachförderung.

GEB: Manche Eltern durften Sie ja auch schon als Kultusminister mit schulpflichtigen Kindern kennenlernen. Wie muss kommunale Bildungspolitik in München gestaltet werden, um Übergänge vom Kindergarten zur Schule besser zu verzahnen?

Piazolo: Man muss alles zusammen in den Blick nehmen und darf nicht – häufig dem Ressortprinzip geschuldet – Kita, Kindergarten, und Schule getrennt betrachten. Das geht schon bei der Konzeption los. Ich will das Beispiel Spracherziehung nehmen. Wenn man damit im Kindergarten früh anfängt, muss man immer schon im Hinterkopf haben, wie es dann in der Schule weitergeht. Und umgekehrt sollte man in der Schule auch wissen,

was die Kinder schon an Fähigkeiten mitbringen.

GEB (Nachfrage): Ja, aber mit dem Erziehermangel ist es ja nun sehr schwierig. Beispielsweise ist in der Kita meiner Kinder damals der Vorkurs Deutsch immer ausgefallen, wegen Personalmangel. Hätten Sie da einen Lösungsansatz, wie das behoben werden könnte?

Piazolo: Da gibt es nicht die eine Lösung. Es wird noch eine Weile einen gewissen personellen Mangel geben. Andererseits hat sich manches verbessert, z.B. gibt es rein rechnerisch genügend GrundschullehrerInnen. Aber manche von Ihnen werden dann an den Mittelschulen und auch bei der Spracherziehung im frühkindlichen Bereich eingesetzt. Darüber hinaus ist es ganz wichtig, dass der Quereinstieg verbessert worden ist. Wir haben das im Kultusministerium sehr stark für die Grundschulseite gefördert, aber auch im Kita-Bereich kann man da einiges machen und erleichtern. Da können wir aber gerne später noch ins Detail gehen.

GEB: München steckt wie viele Kommunen in einer Finanzkrise und muss sparen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten und Hort im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben? Oder anders gefragt: mit welchen anderen großen Aufgabenbereichen konkurriert der Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich konkret – und wo würden Sie im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?



Interview mit Prof. Dr. Piazzolo / FREIE WÄHLER

Piazzolo: Ja, die Finanzlage der Kommunen hat sich verschlechtert. Dies darf aber kein Argument sein, nichts zu tun – gerade bei den zentralen Themen. Neben der Bildung und der Kinderbetreuung sind das die Bereiche Verkehr, Wohnen und Sicherheit, die den Menschen in München auf den Nägeln brennen und wo in den letzten Jahren zu wenig passiert ist. Hierauf liegt mein besonderer Fokus. Ich würde den städtischen Haushalt genau durchforsten und prüfen, auf welche Aufgaben man verzichten kann. Im Bildungsbereich darf nicht gekürzt werden. Da ist ein kurzes Hin oder Her sehr gefährlich. Da sind die Genehmigungszeiträume – gerade auch im Baubereich – sehr, sehr langwierig, und deshalb kann man nicht sagen: „Jetzt haben wir kein Geld, jetzt steuern wir mal schnell um“, wie das jetzt zum Teil beim Schulbau überlegt wird. Da muss man, wenn man sich mal Ziele gesetzt hat, auch dabeibleiben.

GEB: *Viele Eltern erleben steigende Kosten im Familienalltag. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Familien weiterhin im Betreuungsbereich von hohen Gebühren entlastet bleiben, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden?*

Piazzolo: Ein schwieriger Spagat, der nicht ganz so leicht zu lösen ist. Wir hatten jetzt genau diese Debatte im Landeshaushalt – Stichwort Familien- und Krippengeld. Die Entscheidung ist dann zugunsten der Qualitätssteigerung gefallen. Das man sich Bildung leisten kann, ist ein ganz zentrales Thema auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in München. Wir haben viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit kleineren Kindern zuziehen, und da klappt die Integration besser, wenn die Sprache früh erlernt wird. In diesen Bereichen darf nicht gespart werden.

GEB: *Das bayerische Familiengeld wurde gestrichen – mit der Begründung, Mittel stärker in Bildungseinrichtungen zu lenken. Profitieren Kinder und Einrichtungen in München tatsächlich davon – oder wird die Mittelverwendung für Eltern dadurch intransparenter? Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entscheidung konkret in München aus – für die Qualität der Betreuung, für Elternbeiträge und für die Arbeit in den Einrichtungen? Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen?*

Piazzolo: Es ist eine intensive Diskussion gewesen, auch in den Regierungsfractionen, mit der, glaube ich, keiner im ersten Moment glücklich war. Man streicht nicht gern, aber die Frage war eben auch, wo man Prioritäten setzt. Bei der Einführung hat die Opposition die Einführung von Familien- und Krippengeld kritisiert, weil das Geld an alle unabhängig von der finanziellen Situation ging. Nun wurde wiederum die Streichung kritisiert. Keine ehrliche Debatte. Das „gesparte“ Geld soll in die Betriebskosten der Einrichtungen fließen und so die Qualität verbessern.



Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass man die Entscheidung früher kommuniziert und eine Übergangsphase geschaffen hätte. Dann wäre der Ärger geringer gewesen. Das ist aber keine Kritik im Grundsatz. Man wird sicherlich bei den Betriebskosten spüren, das hoffe ich zumindest, dass

Entlastungen da sind. Ich hoffe auch bei der Qualität. Aber es ist immer eine grundsätzliche Frage bei Leistungen: geben wir es allen oder schichten wir es sozial ab? Und ich tendiere dazu, sozial abzuschichten und zu sagen: Wir haben gerade auch in München breite Schichten, die sich hohe Gebühren nicht leisten können, auch die vielen Kosten, die zusätzlich anfallen. Deshalb ist es gut, und da würde ich auch investieren, in diesem Bereich zusätzlich Geld und Unterstützung zu geben. Ich merke es auch aus vielen Grundschulbesuchen, dass wir schon eine sehr, sehr große Spreizung haben – und Sie kennen das ja auch – was Familien leisten können. Da gibt es Familien, die ihren Kindern alles möglich machen, vom Musikunterricht zu Reisen und vielem mehr, und sie auch fördern, wo sie Schwächen zeigen. Und sehr viele Familien, die sich beinahe nichts leisten können. Genau da greift mein Verständnis vom Staat, dass man dort verstärkt unterstützt.

GEB: *Eine ganz konkrete Möglichkeit, die Familien zu entlasten, wären Vergünstigungen für Kinder im öffentlichen Nahverkehr. Können Sie sich auch vorstellen, öffentliche Verkehrsmittel für Kinder bis 14 Jahre kostenfrei anzubieten, um so Familien zu entlasten und den ÖPNV attraktiver zu machen?*

Piazzolo: Ja, wir FREIE WÄHLER wollen sogar weitergehen und den ÖPNV auf mittlere Sicht



Interview mit Prof. Dr. Piazzolo / FREIE WÄHLER

sogar kostenlos stellen für alle. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber es ist unsere Zielvorstellung für die kommende Legislaturperiode. Bislang haben wir eine abgestufte Regelung: Unter sechs ist der ÖPNV kostenlos, für Ältere gibt es vergünstigte Tickets. Darüber hinaus gibt es auch die Schulwegbeförderung bei einem Schulweg von mehr als zwei bzw. drei Kilometern. Das Deutschlandticket hat natürlich zusätzlich bei vielen Familien für Entlastung gesorgt. Man kann nur hoffen, dass es noch lange zu einem günstigen Preis gültig bleibt.

GEB: *Kommen wir zu einem Thema, das viele Eltern sehr bewegt: die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg in die Kita, den Kindergarten, Hort und Schule. Gerade die Situation mit Elterntaxis vor den Einrichtungen sorgt immer wieder für Gefahrensituationen. Was wollen Sie tun, damit unsere Schulwege für die Kinder sicherer sind?*

Piazzolo: Das ist ein Thema, das auch emotional stark bewegt. Ich bin skeptisch, dass sich diese Frage rechtlich regeln lässt, bin keiner, der hier für Verbote plädiert. Ich bin der Auffassung, eine Verbesserung geht nur durch gezielte Aufklärung. Ich erinnere mich noch gut daran wie es bei mir gewesen ist. Wir haben damals mit meiner Mutter vor der Grundschulzeit, ehe ich eingeschult wurde, den Schulweg geübt. Und zwar erst mal begleitet, und dann haben wir „fremde Frau“ gespielt. Das heißt, ich ging allein und meine Mutter ging auf der anderen Straßenseite, und ich habe so getan, als ob ich sie nicht kennen würde. Ob das jetzt die ideale Art war, weiß ich nicht, aber so lernte ich den Schulweg kennen und fühlte mich dennoch sicher. Sehr wichtig ist natürlich die verkehrliche Lage vor Ort. Da ist schon einiges in München passiert – ich meine insbesondere die sinnvollen 30er-Schilder vor Schulen und Kitas. Dann muss natürlich auch gerade in Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen vor Ort geschaut werden: Wo können Autos parken, damit man die herannahenden Autos frühzeitig sieht? Die Verbreiterung von Gehwegen ist eine weitere Möglichkeit zu sichern. Zur verbesserten Sicherheit tragen natürlich auch die Schulweghelfer bei. Allerdings wird es immer schwieriger, sie zu gewinnen – meistens sind es ältere BürgerInnen. Ganz entscheidend und wird



natürlich in den Grundschulen sehr früh gemacht – ist die Verkehrserziehung, die frühzeitige Aufklärung über die Gefahren des Straßenverkehrs. Ich könnte mir das eigentlich schon im Kita-Bereich beginnend vorstellen. Wichtig ist, dass man die Eltern darauf anspricht und mit ins Boot nimmt, denn das Üben ist ganz, ganz wichtig. Die Elterntaxis sind aus meiner Sicht kontraproduktiv, weil man hingefahren wird und eben nicht lernt, sich im Verkehr zurechtzufinden.

GEB (Nachfrage): *Sie haben es gerade selber angesprochen: Das Thema Verkehrserziehung sollte schon viel früher ansetzen, im Bereich der Krippe und im Kindergarten. Haben Sie da konkrete Ideen? Weil unserer Meinung nach fängt die Verkehrssicherheit schon beim Bewegen mit dem Laufrad an, auf dem Weg zur Kita und wieder zurück.*

Piazzolo: Es schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Auf der einen Seite wäre es sehr sinnvoll. Ich weiß von den Grundschulen, wie Verkehrserziehung stattfindet, und es wird ja früh in der ersten Klasse angeboten. Die Verkehrserziehung zeitlich vorzuziehen wäre gut. Auf der anderen Seite muten wir den ErzieherInnen schon jetzt immer mehr zu. Trotzdem: Hier geht es um Leib und Leben. Insofern halte ich das schon für eine Kernaufgabe, die man auch früh ansiedeln muss.

GEB: *Anders als die Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich gibt es keinen Einstellungsstopp für ErzieherInnen und zudem diverse neu aufgesetzte Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung. Dennoch spüren Eltern täglich die angespannte Personalsituation. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie als OB priorisieren, um Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten und dann zu entlasten?*

Piazzolo: Es geht hier wiederum um zwei Dinge. Zum einen den hohen Qualitätsanspruch, den wir zurecht erhalten wollen. Dazu braucht es gut ausgebildete ErzieherInnen. Zum anderen geht es aber auch schlicht darum, dass jemand vor Ort da ist und sich um die Kinder kümmert. Beides unter einen Hut zu bringen, ist nicht so leicht. Ich erinnere mich, wie wir es vor ein paar Jahren geschafft haben, die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher zeitlich etwas zu verkürzen und sie so schneller „auf den Markt“ zu bringen. Da kam sofort



Interview mit Prof. Dr. Piazzolo / FREIE WÄHLER

die Debatte der Fachverbände, ob die Qualität noch ausreicht. Trotzdem halte ich den Weg weiter für richtig. Die Ausbildung ist lange, gut und intensiv. Man sollte auch – das ist eine Überlegung, die wir in unserer FREIE-WÄHLER-Fraktion haben – diejenigen, die ausgebildet werden, schon früher in die Praxis bringen. Etwas weniger Theorieanteil und stattdessen mehr Praxis, auch bezahlt. Das könnte – wenn man es mit den Lehrberufen vergleicht – die Attraktivität insgesamt steigern. Es wäre aus meiner Sicht zielführend, diejenigen, die länger in einer Einrichtung sind, auch finanziell zu belohnen. Und insgesamt geht es schon darum, auch noch mal darüber zu reden, wie man bei der Qualität abschießen kann, wo man wirklich die perfekt ausgebildete Fachkraft braucht und wo man vielleicht auch Kräfte hat, die entlasten, die für eine einfachere Tätigkeit da sind. Diese Abschiebung vorzunehmen ist wichtig, auch durch Quereinsteiger oder eine Art Fast-Lane, um kurzfristiger Personal zu gewinnen.

GEB: *Viele Eltern wünschen sich vor allem Verlässlichkeit bei Öffnungszeiten und Betreuung. Man sieht immer wieder, dass die hohe Menge an Teilzeitstellen oft zu einer Herausforderung bei der Deckung der Öffnungszeiten führt. Gleichzeitig wünschen sich viele Eltern sehr lange Betreuungszeiten. Haben Sie konkrete Ideen, wie hier gegengesteuert werden kann – oder braucht es ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft?*

Piazzolo: Teilzeit einzuschränken halte ich für kontraproduktiv, denn die Möglichkeit zur Teilzeit macht für viele den Beruf erst attraktiv. Einen entscheidenden Anteil an den Schließtagen haben natürlich Fehlzeiten infolge von Krankheiten. Als Eltern will man auch keine kranken ErzieherInnen in der Kita oder im Hort haben. Da entstehen Zielkonflikte. Ich sehe einen Teil der Lösung in einem vertrauensvollen Zusammenwirken. Man muss sehen, inwieweit auch mal Eltern mithelfen können, um Einrichtungen offen zu halten, inwieweit diese als Assistenzkraft fungieren können. Auf der anderen Seite wollen die Eltern natürlich auch, wenn eine Einrichtung offen ist, dass jemand in der Verantwortung ist, der den Beruf voll ausgebildet gelernt hat. Diese Dinge muss man unter einen Hut bringen. Da gibt es nicht die eine Lösung, sondern

man muss die verschiedenen Aspekte zusammenbringen.

GEB: *Welche Rolle spielt für Sie gesunde, bezahlbare und nachhaltige Ernährung in Kitas und Horten – gerade bei steigenden Kosten?*

Piazzolo: Gesunde Ernährung ist in erster Linie keine Frage der Kosten, sondern eine Frage des Bewusstseins. Und insoweit geht es darum, frühzeitig aufzuklären. Und das gelingt. Es gibt in München schon viele Initiativen, zum Beispiel die von Uschi Glas, die in Grundschulen ein kostenloses Frühstück mit entsprechender Anleitung anbieten. In diese Richtung sollte auch die Stadt verstärkt gehen. Dabei spreche ich mich gegen einen Zwang in Richtung vegetarische oder vegane Ernährung aus. Aber dass man frühzeitig aufklärt, was gesund ist, und insbesondere Regelmäßigkeit vorlebt, halte ich für gut. Mir ist auch die

Esskultur, insbesondere das gemeinsame Essen wichtig, dass nicht jeder sagt „Ich gehe an den Kühlschrank, hole mir was“, sondern dass man Essen als sozialen Prozess ansieht, wo es nicht nur um die Essensaufnahme geht, sondern um ein gemeinsames Erlebnis. Das sind verschiedene Aspekte, die man ganz gut in der frühkindlichen Erziehung einbringen kann.

GEB: *Angenommen, Sie werden am 8. März zum Bürgermeister gewählt – Was setzen Sie in den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit um, um die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort voranzutreiben?*

Piazzolo: Ich sage ganz offen: Das ist eine Frage, die häufiger kommt. Entscheidend sind aber nicht die ersten 100 Tage, sondern die gesamte Legislaturperiode ist wichtig. Zuerst geht es darum, sich einen Überblick über Finanzen und anstehende Aufgaben zu verschaffen. Es geht nicht um den öffentlich wirksamen Schnellschuss, sondern um die Nachhaltigkeit. Besonders wichtig wäre mir aber die Menschen in München wieder stärker zusammenzuführen – die Integration zu betonen. Ich will darauf hinwirken, dass wir alle gemeinsam in der Verantwortung für unser München stehen und dieses auch gemeinsam im Dialog positiv weiterentwickeln. So bleibt unsere Stadt lebenswert.

GEB: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Piazzolo.*





Interview mit dem OB-Kandidaten vom **Bündnis 90 / Die Grünen:**

Dominik Krause

Dominik Krause (Jahrgang 1990) ist seit September 2023 Zweiter Bürgermeister der Stadt München und sitzt seit über zehn Jahren für die Grünen im Stadtrat, wo er auch als Fraktionsvorsitzender tätig war. Der studierte Physiker ist gebürtiger Münchner und lebt in Giesing. Als Teil der regierenden grün-roten Rathauskoalition bringt er unmittelbare Einblicke in die laufende Bildungs- und Betreuungspolitik mit.



Das Interview fand am 9. Februar 2026 in einem persönlichen Gespräch via Video-Call statt.

Unsere Fragen haben wir auf Wunsch vorab übermittelt. Die Transkription wurde auf Lesbarkeit lektoriert.

GEB: Herr Krause, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. In den Wahlprogrammen stehen die Ideen für Kinderbetreuung in Konkurrenz zu vielen anderen Themen. Daher unsere erste Frage an Sie als Oberbürgermeisterkandidaten der Grünen: Was ist Ihre persönliche Vorstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in München – in einem Satz?

Krause: Es geht nicht nur um eine zuverlässige Betreuung, sondern vor allem um beste Startchancen für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel oder auch dem Bildungsgrad der Eltern. In einem Satz vielleicht noch mal: Bildungsgerechtigkeit fängt für mich schon in der frühkindlichen Bildung an.

GEB: Sie stehen für eine neue Generation in der Münchner Kommunalpolitik und haben auch schon in der aktuellen Legislaturperiode wirken dürfen. Welche wichtigen Weichen haben Sie bereits für frühkindliche Bildung und Ganztagsbetreuung gestellt? Oder anders gefragt: Welche konkreten Verbesserungen für Kitas, Kindergärten, Horten und Ganztagsangebote schreiben Sie dieser Politik zu und welche nächsten Schritte braucht

es aus Ihrer Sicht, um Münchens Kinderbetreuung zukunftsfest aufzustellen?

Krause: Es geht ja schon häufig auch ums Geld. Wir haben fast 700 Millionen Euro in den Ausbau von Kitas investiert. Wir haben fast 16.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen. Wir haben den Ganztag in München ausgebaut, wir haben das Modellprojekt „Kooperative Ganztagsbildung“ mit Partnerinnen und Partnern, also mit freien Trägern, auf den Weg gebracht. Und wir haben auch bei der Ausbildung der Kitafachkräfte einiges zugelegt. Das ist ja letztlich das zentrale Thema: Fachkräfte zu gewinnen. Wir haben 500 neue Ausbildungsplätze geschaffen, um eben selbst als Stadt Menschen auszubilden. Wir geben an Arbeitsmarktzulagen drauf, was wir können oder was wir dürfen und wir werben in ganz Europa Fachpersonal an.

Und mit Blick auf die Zukunft würde ich sagen, dass das eigentlich auch das wichtigste Thema ist, an dem wir dranbleiben müssen: Wir müssen noch mehr in die Gewinnung von Fachpersonal investieren. Denn nur mit ausreichend Personal klappt es dann eben auch mit Verlässlichkeit, sei es im Alltag oder auch in den Ferienzeiten dadurch, dass es dann auch stabile Teams in den Einrichtungen gibt.

GEB: München steckt wie viele Kommunen in einer Finanzkrise und muss sparen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten und Hort im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben? Oder anders gefragt: mit welchen anderen großen



Interview mit Dominik Krause / Bündnis 90 – Die Grünen

Aufgabenbereichen konkurriert der Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich konkret – und wo würden Sie im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?

Krause: Für mich haben Kinder und die Kinderbetreuung den mit höchsten Stellenwert, denn wenn man an Kindern spart, spart man letztlich immer an der Zukunft. Und deswegen priorisieren wir auch bei Kitas und in der Ganztagesbetreuung. Wir haben zum Beispiel das Betreuungs- und Hauswirtschaftspersonal vom Einstellungsstopp, den wir bei der Stadt momentan haben, ausgenommen. Das machen wir nur in sehr, sehr seltenen Fällen, und das bedeutet, dass wir an anderer Stelle dafür dann eben mehr einsparen müssen. Ich glaube, das unterstreicht, wie wichtig mir und uns der Bereich ist.

GEB: *Viele Eltern erleben steigende Kosten im Familienalltag. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Familien weiterhin im Betreuungsbereich von hohen Gebühren entlastet bleiben, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden?*

Krause: Wir bezuschussen die Kinderbetreuung mit 200 Millionen Euro pro Jahr. Deswegen sind in München die Gebühren im Vergleich zu vielen anderen Städten noch vergleichsweise niedrig. Dafür haben wir auf der anderen Seite sehr hohe Lebenshaltungskosten und es ist vollkommen klar, dass das eine Belastung für viele Familien ist. Aber noch mal: Wir versuchen als Stadt das beizutragen, was wir können und bezuschussen eben. Und dass wir gedeckelte Gebühren in der Krippe oder im Hort haben, oder in Kitas insgesamt, das will ich auch genauso beibehalten, um vor allem auch Familien mit weniger Einkommen gut zu entlasten.

Also nochmal: Es geht um Bildungsgerechtigkeit, es geht um Gerechtigkeit und das heißt, dass wir eben gerade da unterstützen müssen, wo es besonders notwendig ist.

GEB: *Könnten Sie sich in diesem Zusammenhang auch vorstellen, die Verkehrsmittel für Kinder bis 14 Jahre kostenfrei anzubieten? Um, zum einen, die Familien zu entlasten – das ist natürlich auch das perfekte Thema für Sie wahrscheinlich – und zum anderen, um den öffentlichen Nahverkehr viel attraktiver zu gestalten.*

Krause: Für mich ist das grundsätzlich ein Herzensanliegen. Ich habe angefangen bei der

Grünen Jugend Politik zu machen, da war das auch schon immer eine der zentralen Forderungen, dass es kostenlosen ÖPNV für junge Menschen gibt. Gleichzeitig muss man aber auch fairerweise sagen, dass die momentane Haushaltslage so ist, dass man das nicht seriös versprechen kann, wenn man kein Finanzierungsmodell hat.

Ich habe da an anderen Stellen schon Vorschläge gemacht. Zum Beispiel kostenlosen ÖPNV für Menschen über 80, der sich dann dadurch gegenfinanziert, dass man Ticketautomaten einsparen kann. Das kann man leider auf junge

Menschen so nicht übertragen und deswegen müssen wir uns die Frage stellen: Wie könnte man so etwas finanzieren? Wir unterstützen den ÖPNV als Stadt München schon mit einem nicht unbeträchtlichen dreistelligen Millionenbetrag. Aber durch die Einführung vom Deutschlandticket, das ich grundsätzlich sehr gut finde, haben

wir kaum noch Spielraum, um selbst bei den Tarifen hin und her zu schieben. Das heißt, wir brauchen eine neue Säule der ÖPNV-Finanzierung. Ich könnte mir eine Arbeitgeberpauschale gut vorstellen, ich könnte mir auch eine City-Maut gut vorstellen. Und damit könnte man dann zum Beispiel auch den ÖPNV für junge Menschen oder für Menschen bis 14 Jahre kostenlos machen.

Das Problem ist: Uns fehlt bisher die rechtliche Voraussetzung, und deswegen bin ich da auf einer Linie mit sehr vielen anderen Städten: Uns Kommunen muss wieder ein Gestaltungsspielraum bei der ÖPNV-Tarifgestaltung und bei der ÖPNV-Finanzierung gegeben werden.

Das war jetzt ein langer Bogen, aber nochmal kurz zusammengefasst: Denkbar wäre es für mich, aber nur, wenn wir gesetzlich auch die Grundlage in die Hand bekommen, um das finanzieren zu können. In der jetzigen Haushaltslage ist es leider sonst nicht umsetzbar.

GEB (Nachfrage): *Wo bestehen da die rechtlichen Einschränkungen? Ist es von Bundesseite oder vonseiten des Freistaats?*

Krause: Die City-Maut ist eine Bundessache. Es gäbe noch eine andere Alternative, aber das ist immer das Ping-Pong zwischen den Parteien: Natürlich könnten Freistaat und Bund auch einfach mehr Geld für den ÖPNV zur Verfügung stellen und





Interview mit Dominik Krause / Bündnis 90 – Die Grünen

dadurch die Kommunen entlasten. Also nochmal: Das Deutschlandticket war grundsätzlich eine total gute Sache, aber bei der Konzeption sind Familien nicht mitgedacht worden und es hat bei den Kommunen am Ende ein Defizit ausgelöst, weil auf dem Rücken der Kommunen hier eine Preisgestaltung betrieben worden ist. Es wäre daher eine Option, dass den Kommunen dieses durch das Deutschlandticket verursachte Defizit einfach erstattet wird.

GEB (Nachfrage): *Wir wollen noch ein bisschen konkreter nachfragen. Thema City-Maut: Wo genau ist das eine Bundesangelegenheit? Es wäre ja eine Maut für die Stadt München, für das Stadtgebiet München. Wo fehlt Ihnen die Kompetenz und warum kann der Landtag diese nicht schaffen?*

Krause: Es fehlt eine gesetzliche Grundlage. Mit Ausnahme von Berlin und Hamburg, die auch Länder sind, können Städte grundsätzlich keine Gesetze erlassen.

GEB (Nachfrage): *Das ist so eines dieser Themen, die leider nicht so einfach zu verstehen sind. Oft fehlt das Wissen darüber: Was steckt eigentlich dahinter und warum kann man so etwas nicht einfach umsetzen? Aus Elternperspektive ist nicht ganz einfach zu verstehen, warum ein Kind nicht einfach kostenfrei mitgenommen werden kann.*

Krause: In dem Fall ist es einfach eine Rechnung: Wie viele Tickets werden verkauft und dann kann die Verkehrsgesellschaft sagen: So viel Geld fehlt uns dann hinterher – und dieses Geld muss natürlich irgendwo anders herkommen. Aber ich würde grundsätzlich unterschreiben: Gerade in Bildungsfragen ist dieses Ping-Pong-Spiel zwischen den Ebenen sicherlich besonders nervtötend.

Bei der Schule wird es ja nicht besser, oder bei den weiterführenden Schulen. Da haben wir das ja auch: Wir sind zuständig für die Gebäude, der Freistaat ist zuständig für den Lehrplan. Aber das können wir leider als Stadt nicht ändern.

GEB: *Das bayerische Familiengeld wurde gestrichen – mit der Begründung, Mittel stärker in Bildungseinrichtungen zu lenken. Profitieren Kinder und Einrichtungen in München tatsächlich davon – oder wird die Mittelverwendung für Eltern dadurch intransparenter? Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entscheidung konkret in München aus – für*

die Qualität der Betreuung, für Elternbeiträge und für die Arbeit in den Einrichtungen? Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen?

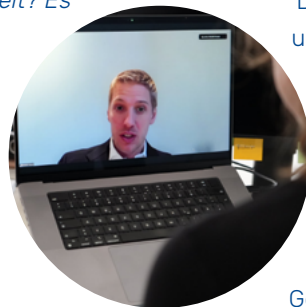
Krause: Fairerweise muss man sagen: Als Grüne standen wir dem Familiengeld grundsätzlich kritisch gegenüber, weil wir Sorge hatten, dass das quasi zu einer Art Herdprämie wird. Wir hätten es besser gefunden, das Geld gleich in Kitas fließen zu lassen – ins Personal, in gute Qualität vor Ort. Die Kinder hätten dann in den Einrichtungen davon profitieren können.

Der Freistaat war da etwas erratisch unterwegs. Jetzt ist das Familiengeld wieder gekippt. Und wohin das Geld dann fließt, das wird zu überprüfen sein. Da müssen wir als Stadt – und will ich auch als Oberbürgermeister – den Freistaat in die Pflicht nehmen. Es muss transparent sein, wo dieses Geld am Ende landet und dass es nicht einfach nur ein Beitrag ist, mit dem dann auf dem Rücken von Kindern und Familien der Freistaat seine schwarze Null finanziert.

GEB (Nachfrage): *Der Hintergrund unserer Frage war auch: Viele Eltern waren nicht besonders erfreut darüber, dass es so rückwirkend und so plötzlich weggefallen ist. Und ich glaube, den Eltern ist jetzt einfach sehr wichtig, dass die Mittelverwendung möglichst transparent gestaltet wird, dass man mitbekommt, dass diese Gelder auch wirklich ankommen und einen Impact haben und dass man nicht umsonst im Regen stehen gelassen wurde.*

Krause: Ja, das darf kein Trick sein, mit dem das Geld am Ende woanders hinfließt. Leider haben wir das an vielen anderen Stellen ja auch erlebt – es würde jetzt den Rahmen sprengen, aber bei uns ging es ja mit dem Investitionspaket vom Bund so. Da wurde großspurig getönt, die Kommunen werden unterstützt, und am Ende landet das Geld irgendwo, aber nicht da, wo es hin soll, um dann irgendwie die Mütterrente quer zu finanzieren ...

GEB: *Sie sprachen eingangs schon davon, dass es anders als bei den Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich keinen Einstellungsstopp für Erzieherinnen und Erzieher gibt und zudem eine große Menge an neu aufgesetzten Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung. Dennoch spüren Eltern täglich die angespannte Personalsi-*





Interview mit Dominik Krause / Bündnis 90 – Die Grünen

tuation. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie als Oberbürgermeister priorisieren, um Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten und letztlich zu entlasten?

Krause: Die Stadt ist eine attraktive Arbeitgeberin. Wir zahlen gute Löhne, wir helfen zum Beispiel bei der Suche nach Wohnungs- oder eben auch Kita- und Krippenplätzen. Es ist allgemein gut, bei der Stadt zu arbeiten. Und gerade im Erziehungsbereich will ich auch als Oberbürgermeister weiter attraktive Ausbildungsplätze und Quereinstiegsmöglichkeiten bieten und faire Arbeitsbedingungen.

Im Kern: Je mehr man da tut, desto besser wird es, denn je geringer der Personalmangel ist, desto besser werden letztlich auch die Arbeitsbedingungen vor Ort. Alles, was wir tun, müssen wir weiter tun und noch weiter verstärken.

GEB: *Viele Eltern wünschen sich vor allem Verlässlichkeit bei Öffnungszeiten und Betreuung. Man sieht immer wieder, dass die hohe Menge an Teilzeitstellen oft zu einer Herausforderung bei der Deckung der Öffnungszeiten führt. Gleichzeitig wünschen sich viele Eltern sehr lange Betreuungszeiten. Haben Sie konkrete Ideen, wie hier gegengesteuert werden kann – oder braucht es ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft?*

Krause: Im besten Falle lassen sich dafür ja auch Lösungen finden. Aber vielleicht nochmal einen Schritt zurück: Ich finde, dass gerade diese Diskussion, Teilzeit sei irgendwie Lifestyle, eine unselige Diskussion ist, weil es für viele Menschen elementar ist, um Beruf und Familienleben unter einen Hut zu bringen. Das gilt für viele Eltern, aber es gilt genauso für Erzieherinnen und Erzieher, die in genau derselben Lage sein können.

Am Ende geht es, finde ich, um gutes Management, gute Organisation und Verlässlichkeit. Längere Öffnungszeiten können auch klappen mit größeren Teams, mit attraktiven Schichtzeiten. Es braucht eine gute Absicherung bei Ausfällen. Und am Ende müssen wir besser werden in der Dienstplanung oder Springerkräfte zur Verfügung stellen. Aber: Ich finde Teilzeit richtig und wichtig, es muss sie auch weiter geben und dann ist es die Aufgabe der Organisation, dass das auch gut klappt.

GEB: *Kommen wir zu einem Thema, das viele*

Eltern sehr bewegt: die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg in die Kita, den Kindergarten, Hort und Schule. Gerade die Situation mit Elterntaxis vor den Einrichtungen sorgt immer wieder für Gefahrensituationen. Was wollen Sie tun, damit unsere Schulwege für die Kinder sicherer sind?

Krause: Übergeordnet würde ich diese Frage so beantworten: Das muss immer vor Ort passieren. Meine Prämisse auch als 2. Bürgermeister in den letzten Jahren war, das nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu machen, sondern die Stadtteilpolitikerinnen und Stadtteilpolitiker wissen selbst am besten, wie vor Ort für mehr Sicherheit gesorgt werden kann.

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen: Wir können mehr Tempo 30 schaffen, das haben wir rund um Schulen in den letzten Jahren gemacht. Man kann Schulstraßen auf den Weg bringen. Weniger Elterntaxis bedeuten auch weniger Unfälle. Aber ganz wichtig finde ich, dass das keine Diskussion ist, die übergeordnet geführt wird, sondern die immer vor Ort startet. Deswegen der Appell, diese Themen auch wirklich in die Bezirksausschüsse oder in Bürgerversammlungen im Stadtteil zu platzieren, denn von dort muss der erste Impuls ausgehen. Dann ist es aber natürlich wichtig, dass man eine Stadtverwaltung und eine Stadtspitze hat, die dafür auch aufgeschlossen ist und das in die Umsetzung bringt. Das ist mein Versprechen als OB-Kandidat, dass das Thema Sicherheit gerade für Kinder im Verkehr für mich immer den obersten Stellenwert haben wird und wir diese Maßnahmen dann auch schnell umsetzen.

Auch da noch mal der Verweis auf die letzten Jahre: Da, wo das Thema war, haben wir sichere Schulwege mit dem Bau von Radwegen und breiteren Gehwegen so schnell es ging umgesetzt, gerade nach der StVO-Novelle. Ein Paradebeispiel: die Karl-Theodor-Straße, wo wir wirklich in Rekordzeit einen Umbau hingelegt haben und, wo fast 4.000 Kinder zu Kitas und Schulen unterwegs sind – da hat es eine beträchtliche Verbesserung gebracht.

Vielleicht noch ein letzter ergänzender Punkt: Das Thema Gehsteigparken spielt bei der Sicherheit am Schulweg auch mit rein, denn die zugeparkten Gehwege sind ein Risiko, gerade im Umfeld von Schulen. Da ist meine Haltung sehr klar: Die





Interview mit Dominik Krause / Bündnis 90 – Die Grünen

Gehsteigbreiten müssen freigehalten werden. Wir haben Parkplätze, wo Autos parken können und die Gehsteige sind so breit, damit Leute mit Mobilitätseinschränkungen sich dort gut bewegen können, aber eben auch, damit es sicher ist und man nicht Sorge haben muss, wenn man einen Schritt zur Seite macht, dass einem gleich etwas passiert.

GEB (Nachfrage): *An einer Schule ist die Feuerwehrezufahrt ständig zugeparkt, sodass man mit dem Fahrrad nicht mehr durchkommt. Elternbriefe haben nichts gebracht. Die Polizei sagt, sie hat keine Zeit für Kontrollen, der Bezirksausschuss verweist auf die Polizei. Wie kann in so einer Situation sichergestellt werden, dass Halteverbote vor Schulen tatsächlich kontrolliert werden?*

Krause: Für das Kontrollieren gibt es eine Aufteilung zwischen KVR und Polizei. Es wäre falsch, etwas zu versprechen, was wir nicht einhalten können, denn wir können die Polizei nicht anweisen. Wir sind aber in einem guten Austausch mit der Polizei und können schon auch mal auf einzelne Stellen hinweisen, wo sich mehr tun müsste.

Mein Verweis auf die Bezirksausschüsse war vielmehr zu dem Thema: Was muss sich baulich oder anordnungsmäßig vor Ort ändern? Also das, was wir als Stadt entscheiden können. Wir bekommen häufig den Vorwurf, die Politik werde aus dem Elfenbeinturm heraus gemacht. Deswegen finde ich es wichtig klarzumachen, dass wir als Stadt Dinge ermöglichen, aber der erste Impuls muss von der gewählten Vertretung vor Ort ausgehen – und das ist dann der Bezirksausschuss. Also nicht auf die Kontrolle bezogen, sondern auf die Anordnung oder bauliche Veränderung für die Zukunft.

GEB: *Das Thema Mobilität ist natürlich ein weites Feld. Wir würden davon nun umschwenken und gerne noch eine Frage zum Thema Ernährung stellen: Welche Rolle spielt für Sie gesunde, bezahlbare und nachhaltige Ernährung in Kitas und Horten, gerade jetzt auch vor dem Hintergrund, dass die Finanzen nicht allzu üppig sind?*

Krause: Trotz knapper Finanzen spielt es, finde ich, eine sehr große Rolle und da haben wir in den letzten Jahren auch wirklich vieles geschafft. Das war ja eines der grünen Herzensprojekte und ist es auch weiterhin, auch in Zeiten knapper Kassen. Wir haben die Frisch-Mischküche ausgebaut, wir

haben das „Haus der Kost“ auf den Weg gebracht, das Personal schult. Der Vorwurf ist ja häufig, eine gesunde Ernährung wäre viel aufwendiger und teurer. Und letztlich zeigen wir, dass beides Hand in Hand geht: eine gesunde und nachhaltige Kost, die aber auch bezahlbar sein kann, die weniger Abfall verursacht und vor allem am Ende auch schmeckt.

Um ein paar Zahlen mit reinzuwerfen: Mittlerweile haben 50 Prozent der Kitas einen Frischkostanteil von über 70 Prozent. Da tut sich was, aber es ist auch noch Luft nach oben. Deswegen, wie schon ein paar Mal in diesem Interview gesagt: Wir sind auf dem richtigen Weg, müssen es aber noch weiter intensivieren.

Vielleicht noch als letzten Satz dazu: Ich finde es total wichtig, dass man auch die Kinder selbst einbezieht, denn das macht mehr Lust auf gesundes und nachhaltiges Essen und man lernt selber ja dann auch etwas für später – wie das Essen entsteht.

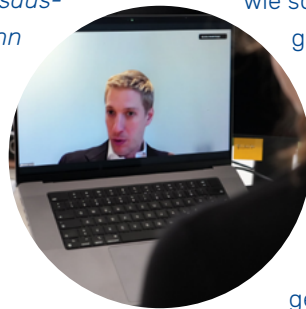
GEB (Nachfrage): *Haben wir richtig verstanden, dass es das „Haus der Kost“ gibt und das schult das Hauswirtschaftspersonal?*

Krause: Genau. Hauswirtschaftspersonal kann dort geschult werden und sich auch gegenseitig vernetzen. Es ist ein Ort, wo es einen Austausch zu diesem Thema gibt. Abgeschaut haben wir uns das aus Kopenhagen, wo das schon viele Jahre ein Erfolgsmodell war, dass man zusammen über das Thema gesprochen hat und eben nicht nur bilateral zwischen einzelnen Akteuren.

Das „Haus der Kost“ ist politisch heiß umstritten und ich glaube, es gibt auch Parteien, die das gerne wieder dicht machen möchten. Da ist meine Position oder unsere Position als Grüne: Gutes und bezahlbares Essen darf nicht hinten runterfallen, nur weil die Kassen gerade knapp sind.

GEB: *Angenommen, Sie werden am 8. März Oberbürgermeister von München. Was setzen Sie in den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit um, um die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort voranzutreiben? Was merken die Eltern nach den ersten 100 Tagen, wenn Sie als Oberbürgermeister wirken dürfen?*

Krause: Mir wird diese Frage gerade ganz häufig gestellt: Was passiert quasi ab Tag eins? Mein Amtsverständnis eines Oberbürgermeisters ist





Interview mit Dominik Krause / Bündnis 90 – Die Grünen

nicht, per Dekret irgendwelche Dinge zu erlassen, sondern möglichst viel Eigeninitiative zu fördern. Das heißt, ich würde diese Frage so beantworten wie an anderen Stellen auch: Ich finde wichtig, dass die Fachleute selbst zusammenkommen und sagen: Hey, was brauchen wir, um gut arbeiten zu können? Wie können wir Dinge oder Prozesse vielleicht auch mal anders machen als bisher?

Da ist die Aufgabe eines Oberbürgermeisters. Offenheit zu haben, aber auch ein Verständnis, dass dabei erst einmal Fehler passieren können und letztlich zu ermutigen: Beschreitet doch mal einen neuen Weg – der vielleicht den einen oder anderen Fehler mit sich bringt, aber am Ende effizienter oder besser ist als bisher. Das finde ich gerade in dem Bereich vollkommen richtig, weil die Fachleute in den Einrichtungen sitzen und selber am besten wissen, was sie brauchen. Und die Aufgabe eines OBs ist es, das zu ermöglichen und die Fachleute zu stärken – und nicht, Politik über ihren Kopf hinweg zu machen.



GEB: Herr Krause, herzlichen Dank für das Gespräch!



Interview mit dem OB-Kandidaten der **SPD**:

OB Dieter Reiter

Dieter Reiter ist seit 2014 Oberbürgermeister von München und tritt für eine dritte Amtszeit an. Als amtierender Rathauschef kann er auf eine umfangreiche Bilanz verweisen – darunter die Schul- und Kita-Bauoffensive mit einem Volumen von rund 9 Milliarden Euro und die Einführung der Kooperativen Ganztagsbildung an mittlerweile 36 Grundschulen. Zuvor war er als Kommunalreferent der Stadt tätig.



Das Interview wurde schriftlich beantwortet und ist am 9. Februar 2026 eingegangen. Im Vergleich zu den mündlichen Interviews sind die Formulierungen naturgemäß sprachlich strukturierter.

GEB: Herr Reiter, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. In den Wahlprogrammen stehen die Ideen für Kinderbetreuung in Konkurrenz zu vielen anderen Themen. Daher unsere erste Frage an Sie als Oberbürgermeisterkandidaten der SPD: Was ist Ihre persönliche Vorstellung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in München – in einem Satz?

Reiter: Frühkindliche Bildung muss verlässlich, erschwinglich, kindorientiert, familienfreundlich, bedarfsgerecht und von hoher Qualität sein und damit einerseits den Kindern einen optimalen Start ins Leben und andererseits den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

GEB: Sie können auf das Wirken Ihrer letzten Amtszeit(en) zurückblicken. Welche konkreten Ergebnisse Ihrer bisherigen Amtszeit(en) spüren Eltern im Kita- und Hortalltag heute wirklich?

Reiter: Frühkindliche Bildung und Betreuung waren und sind ein wesentliches Schwerpunktthema meiner Amtszeit. Dabei war es mir wichtig, dass Worten auch Taten folgen. Dies möchte ich anhand von vier Beispielen deutlich machen:

1.) Mit dem Ziel der Familienentlastung wurden in meiner Amtszeit in den städtischen und von der Stadt geförderten Kitas der gebührenfreie

Kindergartenplatz eingeführt und die Krippen- und Hortplätze in der Gebührenhöhe reduziert bzw. moderat ausgestaltet.

2.) Im Hinblick auf die Ganztagsbetreuung habe ich 2017 den Auftrag für eine deutlich bessere Bedarfsdeckung gegeben. In der Folge wurde die Kooperative Ganztagsbildung im Grundschulbereich entwickelt und eingeführt. Mit der sog. KoGa ist eine Ganztagsplatzgarantie an der jeweiligen Sprengelgrundschule verbunden. Die KoGa gibt damit den Eltern ein Höchstmaß an Planungssicherheit. Sie vereint darüber hinaus die Vorteile des gebundenen Ganztags mit der Flexibilität von Mittagsbetreuungen und der Qualität von Horten. Es freut mich, dass dieses in München entwickelte Modell äußerst erfolgreich ausgebaut werden konnte und in Kürze sogar als Sonderform des Hortes Eingang in das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz finden wird. Inzwischen besuchen mehr als 10.000 Kinder an 36 Grundschulen die Kooperative Ganztagsbildung.

3.) Darüber hinaus ist der Schul- und Kita-Bau ein weiterer politischer Schwerpunkt meiner Amtszeit. Bereits in meinem 100-Tage-Programm nach meinem Amtsantritt habe ich die Schulbauoffensive gestartet und es freut mich, dass wir 2025 „10 Jahre Schul- und KITA-Bauoffensive“ feiern konnten. Die Schul- und KITA-Bauprogramme umfassen ein Finanzvolumen von rund 9 Milliarden Euro. Da ist deutschlandweit einmalig.



Interview mit Dieter Reiter / SPD

Und die Schul- und KITA-Bauoffensive geht trotz Finanzkrise weiter.

4.) Seit Ende 2013 sind in München insgesamt mehr als 11.000 Krippenplätze, 14.000 Kindergartenplätze und 11.000 nachmittägliche Betreuungsplätze im Grundschulbereich geschaffen worden.

Diese vier Beispiele stehen für spürbare und konkrete Ergebnisse mit positiven Wirkungen für die Münchner Familien.

GEB: *München steckt wie viele Kommunen in einer Finanzkrise und muss sparen: Welchen Stellenwert haben Krippe, Kindergarten und Hort im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben? Oder anders gefragt: mit welchen anderen großen Ausgabenbereichen konkurriert der Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich konkret – und wo würden Sie im Zweifel priorisieren oder zurückstellen?*

Reiter: Als Oberbürgermeister sind mir die Münchner Kindertageseinrichtungen ein besonders wichtiges Anliegen. Die Errichtung und der Betrieb von Kitas sind mir nicht nur ein persönliches Herzensanliegen, sondern darüber hinaus eindeutig eine vorrangige kommunale Pflichtaufgabe. Dazu gehört auch der deutschlandweit größte kommunale Kita-Träger – unser städtischer Träger mit mehr als 450 städtischen Kindertageseinrichtungen – auf den wir gemeinsam stolz sein können. Auch in Zeiten des Sparzwangs und der Haushaltskrise ändert sich an diesem Stellenwert nichts. Das ist auch daran zu erkennen, dass der Lehr- und Erziehungsdienst von allen Personalsparmaßnahmen bei der Landeshauptstadt München ausgenommen ist. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, werde ich mich dafür mit aller Kraft einsetzen.

GEB: *Viele Eltern erleben steigende Kosten im Familienalltag. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Familien weiterhin im Betreuungsbereich von hohen Gebühren entlastet bleiben, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden?*

Reiter: Ich spreche mich dafür aus, dass der städtische Träger von Kindertageseinrichtungen weiterhin keine Gebühren erhebt und werde mich dafür einsetzen, dass diese Errungenschaft – Kostenfreiheit der städtischen Einrichtungen bei hoher pädagogischer Qualität – erhalten bleibt.

GEB: *Können Sie sich auch vorstellen, öffentliche Verkehrsmittel für Kinder bis 14 Jahre kostenfrei anzubieten, um so Familien zu entlasten und den ÖPNV attraktiver zu machen?*

Reiter: Ja, natürlich kann ich mir das vorstellen – allein wer und wie soll das bezahlt werden. Als amtierender Oberbürgermeister muss man leider die Wünsche mit dem Machbaren vergleichen und das sieht dann leider anders aus. Kostenloser ÖPNV – ob für Kinder oder Senioren oder Menschen mit wenig Einkommen oder am besten für alle Münchnerinnen und Münchner – klingt gut, kostet aber sehr viel Geld. Geld, das im System heute schon fehlt.

Die Einnahmen aus dem Ticketverkauf reichen schon heute bei Weitem nicht aus, um die tatsächlichen Kosten des Betriebs zu decken. Die Münchner Verkehrsbetriebe sind dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen und müssen jedes Jahr mit rund einer Viertelmilliarde Euro aus dem Stadthaushalt und von der Muttergesellschaft SWM gestützt werden.

Dabei sind die milliardenschweren Zukunftsinvestitionen noch nicht einmal berücksichtigt.

Eine Vergünstigung für einen bestimmten Personenkreis hat immer zur Folge, dass die damit entfallenden Einnahmen von den anderen Kunden – und davon wären in diesem konkreten Fall auch die Eltern der Kinder bis 14 Jahre betroffen – bezahlt werden müssen. Insofern würde das die Familien vermutlich eher nicht entlasten. Allerdings gibt es dank des 365-Euro-Tickets eine sehr preisgünstige Variante, mit der das gesamte Angebot des ÖPNV genutzt werden kann – für einen Euro pro Tag. Erwachsene, die im Besitz einer Isarcard sind, können eigene Kinder bis 14 Jahre in beliebiger Anzahl kostenfrei mitnehmen – und sogar bis zu drei ihrer Freundinnen und Freunde. Ich denke, dass damit ein sehr gutes Angebot für Kinder bis 14 Jahren bereits gegeben ist.

GEB: *Das bayerische Familiengeld wurde gestrichen mit der Begründung, Mittel stärker in Bildungseinrichtungen zu lenken. Profitieren Kinder und Einrichtungen in München tatsächlich davon – oder wird die Mittelverwendung für Eltern dadurch intransparenter? Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entscheidung konkret in München aus – für die Qualität der Betreuung, für Elternbeiträge und für die Arbeit in den Einrichtungen? Und wofür würden Sie sich künftig einsetzen?*

Reiter: Die gesetzliche Förderung von Kindertageseinrichtungen deckt nur noch ca. 50 – 60 % der tatsächlichen Betriebskosten. Diese deutliche Unterfinanzierung führte in den bayerischen Kom-



Interview mit Dieter Reiter / SPD

munen regelmäßig zu hohen Kita-Gebühren – nicht so in den städtischen Kitas in München – und/oder zur Notwendigkeit der Defizitdeckung alleine durch die Kommunen. Die Kommunen werden dabei doppelt strapaziert. Einerseits tragen sie fast die Hälfte der gesetzlichen Förderung. Andererseits muss z. B. die Landeshauptstadt München mehr als 200 Mio. € jährlich zusätzlich allein für den Defizitausgleich im Rahmen der Münchner KITA-Förderung ausgeben.

Ich begrüße daher die Entscheidung des Freistaates Bayern, die gesetzliche Förderung zu verbessern. Gleichzeitig bedauere ich mit Ihnen die Entscheidung des Freistaats, dafür die Leistungen an die Familien zu streichen.

Tatsächlich werden die Mittel primär der Finanzierung der Unterdeckung bei den Betriebskosten dienen. Für 2026 kann die Stadt von einer – angesichts der Gesamtkosten – sehr überschaubaren Summe ausgehen.

Nach wie vor werde ich mich daher für eine weitere Verbesserung der gesetzlichen Förderung einsetzen, die tatsächlich auch finanzielle Entlastungen für die Familien mit sich bringt.

GEB: *Anders als die Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich gibt es keinen Einstellungsstopp für ErzieherInnen und zudem diverse neu aufgesetzte Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung. Dennoch spüren Eltern täglich die angespannte Personalsituation. Welche konkreten Maßnahmen würden Sie als OB priorisieren, um Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten und dann zu entlasten?*

Reiter: In München wurde auf meine Initiative hin z. B. die Arbeitsmarktzulage für Erzieher*innen eingeführt, die zusätzlich zur München-Zulage gewährt wird. Darüber hinaus haben wir vielfältige Maßnahmen ergriffen. Z. B. im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements zum Personalerhalt oder mit Marketingaktivitäten zur Personalgewinnung (u. a. Werbekampagnen, Flyer, Social-Media-Einsatz, Messestände, Nutzung von Online-Jobbörsen u. v. m.).

Der städtische Träger bietet attraktive Ausbildungsvarianten und Möglichkeiten der Weiterqualifizierung. Die Zahl der Auszubildenden hat sich in meiner Amtszeit nahezu verdoppelt.

Die Stadt verfolgt aber auch übergreifende Strategien und hat vor dem Hintergrund des Fach-

kräftemangels zur Erzieher*innenausbildung eine zweite städtische Fachakademie für Sozialpädagogik errichtet, die in einem dafür errichteten Schulneubau im Jahr 2020 in Betrieb ging.

Auch künftig werden die Maßnahmen weiterentwickelt werden, selbst wenn eine aktuelle Studie des Staatsinstituts für Frühpädagogik besagt, dass es in Bayern ab 2029 genügend Erzieher*innen geben soll. In der Presse war hierzu am 25.01.2026 zu lesen: „Im besten Fall gibt es schon 2027 keinen Mangel mehr.“ Davon unabhängig werde ich mich weiterhin für den Personalerhalt und die –gewinnung beim städt. Träger stark machen.

GEB: *Viele Eltern wünschen sich vor allem Verlässlichkeit bei Öffnungszeiten und Betreuung. Man sieht immer wieder, dass die hohe Menge an Teilzeitstellen oft zu einer Herausforderung bei der Deckung der Öffnungszeiten führt. Gleichzeitig wünschen sich viele Eltern sehr lange Betreuungszeiten. Haben Sie konkrete Ideen, wie hier gegengesteuert werden kann – oder braucht es ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft?*

Reiter: Ich bin dankbar für jede besetzte Stelle – ob in Vollzeit oder Teilzeit. Ohne die Teilzeitstellen könnte der Kita-Betrieb nicht aufrecht erhalten werden. Ich stimme Ihnen aber zu: Verlässlichkeit bei den Öffnungszeiten ist für die Lebensplanung der Familien von entscheidender Bedeutung. Wegen des Fachkräftemangels gab es hier – gerade in Krankheitszeiten – immer wieder Einschränkungen. Daher ist es unabdingbar, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Für z. B. Kindergärten geht die Öffnungszeit von 7.30 – 17.00 Uhr. Bei Elternbedarf kann die Einrichtung um 7.00 Uhr öffnen und um 18.00 Uhr geschlossen werden. Bei der letzten KITA-Elternbefragung gaben 91 % der Eltern an, dass die Öffnungszeiten dem Bedarf entsprechen.

GEB: *Kommen wir zu einem sehr emotionalen Thema: Die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg in die Kita, den Kindergarten, Hort und Schule. Dennoch kommt es immer wieder zu teils gravierenden Verkehrsunfällen mit Kindern. Was sind Ihre Pläne, um dieses Thema zu adressieren? Oder anders: Wie wollen Sie helfen, dass die Straßen für unsere Kinder sicher sind?*

Reiter: Unfälle mit Kindern sind ganz besonders furchtbar und ich weiß aus eigener Erfahrung, dass man sich als Eltern immer zuerst um die



Interview mit Dieter Reiter / SPD

eigenen Kinder sorgt. Ich nehme das Thema Schul- oder „Kitawegsicherheit“ sehr ernst. Wenn mich einzelne Eltern, Elternbeiräte oder Schulleitungen anschreiben oder mir in meinen Bürgersprechstunden berichten, dass an einer konkreten Örtlichkeit eine Gefahrstelle für Kinder auf ihrem Weg in die jeweilige Einrichtung besteht, schaue ich mir das immer am liebsten persönlich an und suche gemeinsam mit den Beteiligten nach Lösungen. In meiner Amtszeit sind auf diese Weise viele neue Ampeln und Zebrastreifen entstanden, die einzig und allein dem Schutz der Kinder dienen.

GEB: *Welche Rolle spielt für Sie gesunde, bezahlbare und nachhaltige Ernährung in Kitas und Horten – gerade bei steigenden Kosten?*

Reiter: Den städtischen Kindertageseinrichtungen und auch mir ist das Angebot von gesundem und ausgewogenem Essen sehr wichtig. Der Stadtrat hat hierzu beschlossen, die städtischen Kitas sukzessive auf Frisch-Misch-Küche umzustellen. Derzeit wird dies in rund der Hälfte der Kitas bereits dementsprechend umgesetzt. Aber auch bei den weiteren Verpflegungsarten gelten hohe Qualitätsstandards. Das Verpflegungsgeld ist an den städtischen Kitas vergleichsweise günstig.

GEB: *Angenommen, Sie werden am 8. März wieder zum Oberbürgermeister gewählt – Was setzen Sie in den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit um, um die Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Hort voranzutreiben?*

Reiter: Ich werde mich für den Fall meiner Wiederwahl – nicht nur in den ersten 100 Tagen einer weiteren Amtszeit – auch weiterhin für eine vielfältige und qualitativ hochwertige Kita-Landschaft in München einsetzen. Mein besonderes Augenmerk wird in 2026 der erfolgreichen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter gelten.

Ich denke, dass die geschilderten Fakten für sich sprechen und meine Amtszeitbilanz im Hinblick auf die Kindertageseinrichtungen positiv bewertet werden kann. Ich kann Ihnen zusammenfassend versichern, dass mir die Unterstützung und die Weiterentwicklung positiver Rahmenbedingungen für die Münchner Kindertageseinrichtungen, die Eltern, die Kinder und das pädagogische Personal wichtige Anliegen sind.

Abschließend bedanke ich mich herzlich bei Ihnen, Ihrem Gremium und bei allen Elternbeiräten für Ihr großartiges Engagement und Ihre wichtige Arbeit für unsere Kinder und Kindertageseinrichtungen!

GEB: *Herzlichen Dank für das Interview, Herr Reiter.*